DUISBURGER ARBEITSPAPIERE OSTASIENWISSENSCHAFTEN
DUISBURG WORKING PAPERS ON EAST ASIAN STUDIES

No. 42/2002

Der 11. September und die Folgen in Asien

Politische Reaktionen in der VR China, Japan, Malaysia und Vietnam

Karin Adelsberger, Claudia Derichs, Thomas Heberer,
Patrick Raszelenberg
mit einer Einleitung von Anja D. Senz

Institut für Ostasienwissenschaften (Institute for East Asian Studies)
Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
D-47048 Duisburg, Germany
Tel.: +49-203-379-4191
Fax: +49-203-379-4157
e-mail: oawiss@uni-duisburg.de

©by the authors
January 2002

TitIe/Titel:
Der 11. September und die Folgen in Asien. Politische Reaktionen in der VR China, Japan, Malaysia und Vietnam

Author/Autor:
Karin Adelsberger, Claudia Derichs, Thomas Heberer, Patrick Raszelenberg
Einleitung: Anja D. Senz

Series/Reihe:
Duisburg Working Papers on East Asian Studies, No. 42 / Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, Nr. 42

Abstract/Zusammenfassung:
Die Staaten der Welt haben auf die Terroranschläge des 11. September 2001 und die nachfolgenden Militärschläge gegen Afghanistan unterschiedlich reagiert. In der Region Ost- und Südostasien waren die Staaten je nach Position im Gefüge der internationalen Beziehungen und je nach innerer Beschaffenheit - z.B. Anteil der Muslime an der Bevölkerung - betroffen. Trotz der unterschiedlichen Betroffenheit und der daraus resultierenden unterschiedlichen Reaktionen auf die Ereignisse sind aber auch Gemeinsamkeiten im innen- und außenpolitischen Verhalten erkennbar. Die politischen Reaktionen Chinas, Japans, Malaysias und Vietnams zeigen deutlich, dass Politik jenseits des geteilten Entsetzens über die Ausmaße des internationalen Terrorismus doch in erster Linie von nationalen Interessen bestimmt wird.

The world's nation-states have reacted differently to the terrorist attacks of September 11, 2001 and the subsequent military clashes in Afghanistan. East and Southeast Asian states were affected by the events in various ways, depending on their position in international relations and on their domestic social setting, e.g. the proportion of Muslims in the population. Being affected and reacting differently to the events does not mean, however, that there are no similarities regarding the respective domestic and foreign policies of the countries in the region. The political reactions of China, Japan, Malaysia and Vietnam to 9-11 clearly demonstrate that politics are generated primarily by national interest – beyond the shared horror of the extent of international terrorism.

Keywords/Schlagwörter:
Terrorismus, Asien, Islam, nationale Interessen, internationale Beziehungen, Außenpolitik

terrorism, Asia, Islam, national interest, international relations, foreign policy

Procurement/Bezug:
You may download this paper as a word-document under / Als Download ist das Papier zu beziehen als Word-Datei unter:
http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper42.doc
or for the Acrobat Reader under / oder für den Acrobat Reader unter:
http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper42.pdf.

Libraries, and in exceptional cases, individuals also may order hardcopies of the paper free of charge at / Bibliotheken, und in Ausnahmefällen auch Privatpersonen, können das gedruckte Papier kostenfrei bestellen bei der:

Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
Institut für Ostasienwissenschaften, Geschäftsstelle
D-47048 Duisburg

Inhalt

1 Einleitung
von Anja Senz **1**

2 China, die Vereinigten Staaten und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus
von Thomas Heberer **3**

2.1 Terrorbekämpfung im eigenen Land 3
2.2 Hoffnung auf Verbesserung der Beziehungen zu den USA 7
2.3 Unterschiedliche Vorstellungen 8

3 Malaysias Gratwanderung zwischen „Westen“ und „Islam“
von Claudia Derichs **12**

3.1 Reaktion der Regierung 12
3.2 Innenpolitische Ebene 12
3.3 Außenpolitische Ebene 14
3.4 Die politische Öffentlichkeit 16
3.5 Resümee 17

4 Vietnam in der Rolle des "peripheren Beobachters"
von Patrick Raszelenberg **18**

4.1 Offizielle Reaktion 18
4.2 Orthodoxe Intellektuelle, Politiker 19
4.3 Kritische, unabhängige Intellektuelle 20
4.4 Fazit 21

5 Die japanische Reaktion auf die „Vergeltungsschläge“ der USA in Afghanistan: Ein neuer Test für das Sicherheitsbündnis?
von Karin Adelsberger **23**

5.1 Reaktion der japanischen Regierung 23
5.2 Reaktionen außerhalb der Politik 32

Einleitung

Anja Senz

Die vorliegenden Beiträge geben einen Überblick darüber, wie der Terroranschlag auf das World Trade Center am 11.September 2001 und der amerikanische „Vergeltungsschlag" gegen das Taliban-Regime in Afghanistan in den darauf folgenden Monaten in Japan, Malaysia, der VR China und Vietnam bewertet worden sind. Dabei fallen Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten hinsichtlich der jeweiligen Reaktionen auf, die im Folgenden kurz einleitend dargelegt werden sollen.

Von allen Regierungen wurde der Anschlag in offiziellen Verlautbarungen deutlich verurteilt. Ein genauerer Blick in die jeweiligen Länder und auf die eher „inoffizielle" Beurteilung der Ereignisse durch die Bevölkerung fördert jedoch auch Stimmen zu Tage, die mit einer gewissen Schadenfreude feststellen, dass nun Amerika einmal Opfer geworden und dies angesichts seiner hegemonialen Außenpolitik auch nicht verwunderlich sei, ja Amerika dies geradezu „verdient habe".

Einzig die japanische Bevölkerung scheint von diesen Reaktionen ausgenommen und eindeutig proamerikanisch ausgerichtet zu sein, und so wird der amerikanische Militäreinsatz insgesamt befürwortet. Japan als engster Verbündeter der USA im asiatischen Raum unterstützte den amerikanischen Militärschlag gegen Afghanistan am Nachhaltigsten, die japanische Regierung nahm innerhalb kürzester Zeit sogar eine Gesetzesänderung vor, um in diesem Fall breite militärische sowie logistische Hilfe und nicht wie in früheren Krisen rein finanzielle Unterstützung leisten zu können. Dieses deutliche Engagement wurde auf diplomatischer Ebene durch die Kontaktaufnahme zu den Nachbarstaaten abgesichert und durch Initiativen sowohl zur Bekämpfung des Terrorismus als auch zum Wiederaufbau Afghanistans flankiert.

Vietnam auf der anderen Seite reagierte besonders zurückhaltend. Offenbar aus einer Haltung heraus, die einerseits von der Unkenntnis über die Krisenhintergründe bzw. die Situation in Afghanistan geprägt, andererseits auch von Vorsicht im Umgang mit dem großen Nachbar China und den sich langsam normalisierenden politischen Beziehungen zu den USA gekennzeichnet ist, bemüht sich das Land um eine neutrale Haltung.

Allen vier Staaten gemeinsam ist die Tatsache, dass die jeweilige Reaktion abhängig von den aktuellen Beziehung zu den USA war bzw. ist. Und so kann festgehalten werden, dass bei aller offiziellen Bestürzung über die Ereignisse und Beileidsbezeugung für die Opfer die politische Reaktion insgesamt von den jeweiligen (außen-) politischen Eigeninteressen getragen war.

Die VR China, deren sicherheitspolitische Interessen durch ein militärisches Engagement der USA in Zentralasien und der starken amerikanischen Präsenz in der asiatischen Region betroffen sind, hat sich einerseits gegen die amerikanischen Militäraktionen ausgesprochen, die Krise jedoch andererseits auch zu nutzen verstanden, um die belasteten Beziehungen zu den USA zu verbessern und sich als aktiver, kooperativer und handlungsfähiger Akteur darzustellen. Dahinter steht der Wunsch international an Gewicht zu gewinnen. Auch Malaysia hat den amerikanischen Schlag gegen Afghanistan missbilligt und vor einem Kampf gegen den Terrorismus in Form

eines Krieges gegen die islamische Welt gewarnt. Außerdem hat die Regierung versucht, sich als moderne islamische Alternative zu präsentieren und sich so in die internationale Terrorbekämpfung zu integrieren.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass China und Malaysia das amerikanische Vorgehen in Afghanistan in dieser Form kritisierten und in allen vier Ländern Kritik an einem Krieg geäußert wurde. Weder die chinesische noch die malaysische Regierung war jedoch in der Lage, ihrer ablehnenden Position international Wirkung zu verleihen. Insofern zeigt sich hier exemplarisch die weltpolitische Dominanz der USA bzw. die außenpolitische Schwäche der genannten Staaten, die amerikanischer Machtentfaltung und Mobilisierung von Verbündeten („internationale Gemeinschaft") nichts entgegensetzen konnten und sich daher auf die Durchsetzung sekundärer Ziele (Selbstdarstellung, Positionierung im internationalen Gefüge) verlegten und offenen Anti-Amerikanismus vermieden bzw. zu unterdrücken suchten.

In allen Staaten hat sich und das ist angesichts der Tragweite der Ereignisse nicht erstaunlich, die politische Themenagenda verändert. Fragen der inneren Sicherheit und Terrorbekämpfung traten in den Vordergrund. Zahlreiche Beziehungen einzelner Staatsangehöriger zu al-Qaida oder zu Ausbildungslagern in Afghanistan wurden aufgedeckt. Interessant ist, dass sich oftmals auch Unsicherheiten bzw. Differenzen bei der Definition dessen, was unter Terrorismus zu verstehen sei, ergaben. Hierbei ist zu bedenken, dass Terrorismus allgemein als eine „Erzeugung von Gewalt und Furcht mit dem Ziel der Aushöhlung der bestehenden gesellschaftlich-politischen Ordnung und anschließender tiefgreifender Umwälzung"[1] verstanden werden kann, aber auch die gewaltsame Auflehnung und den Widerstand gegen ein autoritäres Herrschaftssystem bedeuten kann und die Definition daher in gewisser Weise vom Blickwinkel der jeweiligen Regierung bzw. des jeweiligen Regimes abhängig ist. Eine weitere Gemeinsamkeit scheint zu sein, dass in allen Staaten mehrheitlich undifferenzierte, schablonenhafte Bilder und nicht selten Vorurteile über den Islam vorherrschen.

Mit Ausnahme von Vietnam, auf dessen vorsichtige, unsichere und um Neutralität bemühte Position bereits hingewiesen wurde, kam es außerdem innenpolitisch zu einer Instrumentalisierung der Ereignisse im Gefolge des 11.September. In Malaysia wurde der Terroranschlag genutzt, um strategische Vorteile gegenüber den politischen Gegnern – insbesondere der Islamischen Partei Malaysias (PAS) – zu erringen und die eigene Position einer „Anti-Islamismus-Politik" zu legitimieren. In der VR China konnte die Regierung der Terrorismusbekämpfung im eigenen Land – besonders in der westlichen autonomen Region Xinjiang – Nachdruck verleihen und ein hartes Vorgehen gegen „islamische Separatisten" rechtfertigen. Und in Japan konnte durch die angestrebten außenpolitischen bzw. militärischen Unterstützungsleistungen immerhin eine Debatte losgetreten werden, die die aktive internationale Rolle Japans thematisiert und vermutlich dazu dienen wird, die japanische Gesellschaft auf ein zukünftig noch weitergehendes internationales Engagement des japanischen Militärs vorzubereiten.

Nachfolgend sind in einzelnen Beiträgen die wichtigsten Entwicklungen zwischen September und Dezember 2001 in den betreffenden Ländern nachzulesen, welche die teilweise weitreichenden innen- und außenpolitischen Reaktionen bzw. Folgen des 11.September für China, Japan, Malaysia und Vietnam unterstreichen helfen.

Duisburg, im Januar 2002

[1] P. Waldmann, Terrorismus. in: Dieter Nohlen, Hrsg., Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1996, S.779.

China, die Vereinigten Staaten und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Thomas Heberer

Die Anschläge vom 11. September haben insofern eine neue Ära in der internationalen Politik eingeleitet, als die Bekämpfung des Terrorismus nunmehr Priorität genießt, dieses Ziel die Staatengemeinschaft weitgehend eint und neue strategische Partnerschaften geschlossen werden. Dazu zählt auch die Möglichkeit einer neuen strategischen Partnerschaft zwischen China und den Vereinigten Staaten. Eine solche Partnerschaft schien vor dem 11. September zunächst undenkbar, da Präsident Bush die Politik der Clinton-Administration (China als „strategischer Partner") aufgekündigt und einen deutlich härteren Kurs eingeschlagen hatte.

Die chinesische Regierung hat die Terroranschläge in den USA ohne zu zögern verurteilt und ohne Bedingungen zu stellen den Vereinigten Staaten Zusammenarbeit in der internationalen Terrorismusbekämpfung angeboten. Sie knüpft an dieses Angebot die doppelte Hoffnung, einerseits Akzeptanz oder gar Unterstützung für die Bekämpfung von „Terrorismus" im eigenen Land zu finden, etwa in Bezug auf die Bekämpfung der Unabhängigkeitsbestrebungen ethnischer Minderheiten (wie der Uiguren oder Tibeter), andererseits die angeschlagenen Beziehungen zu den USA zu verbessern und sich als verantwortlicher und zuverlässiger Partner in internationalen Angelegenheiten zu profilieren. Die Bemühungen um die Austragung der Olympischen Spiele 2008 oder um den inzwischen vollzogenen Beitritt zur WTO verdeutlichen, dass China einerseits akzeptierter Teil der internationalen Gemeinschaft sein, andererseits ein positives Image aufbauen und als zuverlässiger Partner gelten will, der bereit ist, sich an internationale Spielregeln zu halten. Von daher eröffnet die neue Ära der chinesischen Außenpolitik neue Chancen und Möglichkeiten.

Terrorbekämpfung im eigenen Land

Seit den 80er Jahren sieht sich China vor allem in seiner westlichsten Provinz, der Autonomen Region Xinjiang der Uiguren, wachsenden Unabhängigkeitsbestrebungen der uigurischen Minderheit (ein Turkvolk) gegenüber. Die Region, halb so groß wie Indien, macht ein Sechstel des chinesischen Territoriums aus und beherbergt große Rohstoffvorräte (u.a. Erdöl). Die Uiguren, mit mehr als 8 Mio. Angehörigen, sind eine der größten ethnischen Minoritäten Chinas.

In einem internen Dokument wurde Xinjiang bereits 1992 zu einer „instabilen Region" erklärt. Die Lage hat sich seit Ende der 90er Jahre weiter verschärft. Schon 1998 bezeichnete die Parteiführung von Xinjiang die Lage als äußerst ernst und kritisch. In einem Beitrag im theoretischen Organ der KPCH *Qiushi* zum 40. Jahrestag der Gründung des Autonomen Gebiets hieß es, Separatismus und seine Bekämpfung habe es in Xinjiang durchweg gegeben und werde es weiter geben. Dieser Kampf sei gegenwärtig nicht nur „äußerst scharf", sondern sogar „erbittert", was die Bedrohlichkeit der separatistischen Bewegung unterstreichen sollte. Und tatsächlich wird die Region in den letzten Jahren permanent von Unruhen, Anschlägen, und Guerilla-Attacken sowie ihnen folgende Repressionsmaßnahmen der Behörden erschüttert.

Schlagzeilen in der Weltpresse machte im Frühjahr 1990 ein Aufstandsversuch, der seinen Ausgang im Autonomen Bezirk Kisilzu der Kirgisen nahm. Anlass war ein im März jenes Jahres erlassenes Verbot der Errichtung neuer Moscheen und Koranschulen. Eine pantürkisch-islamisch ausgerichtete Untergrundorganisation - so eine chinesische Stellungnahme - soll die dadurch hervorgerufene antichinesische Stimmung ausgenutzt und einen größeren Aufstand vorbereitet

haben. Die Organisation „Islamische Partei Ostturkestans“ habe zu einem „heiligen Krieg gegen die Heiden“ aufgerufen, kämpfe für einen einheitlichen türkischen Staat und die Schaffung einer „Republik Ostturkestan“. Aus Afghanistan sollen Waffen für den Aufstand zur Verfügung gestellt worden sein. 3.000 bewaffnete Uiguren hätten die Gemeinde Baren besetzt und den Chinesen den Krieg erklärt. Der Aufstand sei von Polizei- und Militäreinheiten niedergeschlagen, zahlreiche Gemeinden seien bombardiert und zerstört worden. Die Unruhen sollen Hunderte von Toten auf beiden Seiten gefordert haben und nahmen rasch überregionalen Charakter an. Im Rahmen der „Bekämpfung separatistischer Organisationen“ zerschlugen chinesische Sicherheitsbehörden im 2. Halbjahr 1990 500 „Banditenbanden“ (eine traditionelle chinesische Bezeichnung für Rebellen) und verhafteten mehrere tausend Menschen.

Bei neuerlichen Unruhen im Jahre 1991 wurde nicht nur für Unabhängigkeit, sondern auch gegen die Ausbeutung von Rohstoffen, speziell Erdöl, demonstriert. Hinzu kamen Proteste gegen die Unterdrückung der Religionsausübung, wobei die Forderung erhoben wurde, Ürümqi, die Hauptstadt der Autonomen Region, müsse wieder eine rein muslimische Stadt werden. Wegen der instabilen Lage, neuerlicher Unruhen im Oktober 1991 und verstärkter Aktivitäten von Untergrundorganisationen verlegte die chinesische Führung Ende 1991 größere Truppenverbände von der mongolischen Grenze nach Xinjiang. Dennoch wurde Ürümqi im Frühjahr 1992 von mehreren Bombenanschlägen erschüttert, bei denen es zahlreiche Tote und Verletzte gab. Die chinesischen Behörden lasteten diesen Anschlag der separatistischen Bewegung an, was von Vertretern der Letzteren allerdings zurückgewiesen wurde. Der damalige Vorsitzende des Autonomen Gebietes Tömür Dawamat erklärte nach den Anschlägen, politisch zentrale Aufgabe sei die Bekämpfung des Separatismus.

Die gesamten 90er Jahre über kam es immer wieder zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die chinesische Dominanz der Region und für die Schaffung eines unabhängigen islamischen Staates. Allein 1993 wurden zeitgleich aus zwölf Kreisen und Städten Unruhen gemeldet. U. a. soll im März 1993 das Atomtestgelände Lop Nor von mehr als tausend Uiguren angegriffen worden sein, wobei es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit chinesischem Militär gekommen sein soll. 1994 und 1995 kam es erneut in vielen Städten zu gewaltsamen Unabhängigkeitsdemonstrationen. Im April 1995 sollen 50.000 Kasachen und Uiguren gegen die kommunistische Herrschaft und für einen unabhängigen Staat demonstriert haben. Bei schweren Auseinandersetzungen sollen Hunderte zu Tode gekommen sein.

1997 kam es in Yining an der Grenze zu Kasachstan ein weiteres Mal zu schweren Unruhen, bei denen Demonstranten die Errichtung eines unabhängigen islamischen Staates forderten. Da es in der Stadt weiterhin gärte, wurden im Frühjahr 1999 9.000 zusätzliche bewaffnete Sicherheitskräfte in die 300.000 Einwohner große Stadt verlegt.

Bereits im Sommer 1998 gab der Parteisekretär von Xinjiang zu, dass es 19 bekannte Stützpunkte in Xinjiang gebe, auf denen in Afghanistan ausgebildete einheimische „Separatisten“ Nachwuchs für den bewaffneten Kampf ausbildeten. Diese Stützpunkte würden nicht nur von internationalen islamischen Kreisen unterstützt, sondern auch von den afghanischen Taliban-Milizen, ein Faktum, das von den Taliban durchaus zugegeben wird. Darüber hinaus lieferten die Taliban den uigurischen „Separatisten“ nicht nur Waffen, sondern organisierten auch die Ausbildung an *Madrasa*, Koranschulen der Taliban in Afghanistan.

Einer Darstellung des chinesischen Sicherheitsministers zufolge waren in den 90er Jahren zwölf separatistische Bewegungen in Xinjiang tätig, die sich nicht als uigurisch oder kasachisch, sondern als türkisch oder pantürkisch bezeichneten. Die Verbindungen in die Türkei und zu entsprechenden Organisationen in den zentralasiatischen Republiken sind bekannt.

Die Ursachen für den wachsenden Radikalismus der Turkvölker in Xinjiang hängen mit politischen (Fehlen realer, durchsetzbarer Autonomierechte), ökonomischen (Ausbeutung der Rohstoffe ohne Vorteile für die Region), kulturellen (Revitalisierung des Islam bei gleichzeitig wachsender religiöser Repression) und sozialen Faktoren (Zuwanderung von Han-Chinesen, Perzeption von Modernisierung als Bedrohung der eigenen Kultur) zusammen. Die in den letzten Jahren von Peking ins Leben gerufene Bewegung zur Entwicklung Westchinas, in dem Xinjiang, Tibet, aber auch andere von ethnischen Minderheiten bewohnte Regionen liegen, hat auch unter den Turkvölkern der Region die Befürchtung wachsen lassen, diese Bewegung werde zu einer Überschwemmung mit han-chinesischen Migranten aus Ost- und Zentralchina führen und ziele letztlich auf die Assimilierung der Minderheiten ab.

Auf der anderen Seite haben transnationale Prozesse eine wichtige Mobilisierungsfunktion eingenommen. Die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten im Folge des Zerfalls der Sowjetunion und das Anwachsen islamistischer Strömungen hat den Unabhängigkeitsbestrebungen auch unter den Turkvölkern in China Auftrieb gegeben. Solange die Sowjetunion bestand, gab es für China eine gewisse Garantie, dass die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Völker auf beiden Seiten der Grenzen praktisch ausgeschlossen war. Zwar hatte sich die UdSSR in Anlehnung an das russische Erbe bereits unter Stalin um Kontrolle, Einflussnahme und Einverleibung Ostturkestans bemüht; auch hat Moskau während der Zeit des Kalten Krieges mit Peking die Turkvölker in Xinjiang gegen die chinesische Führung aufzuwiegeln versucht. Aber jede Form von Unabhängigkeit schien tabu. Erst der Zerfall der Sowjetunion förderte separatistische Bewegungen auch in Xinjiang, zumal durch Grenzöffnungen und Ausweitung des Handels die Kontakte zwischen den Nationalitäten auf beiden Seiten der Grenzen erheblich zugenommen haben. Die Unabhängigkeit Westturkestans gab dem Wunsch nach Unabhängigkeit in Ostturkestan Nahrung. Immerhin leben mehr als 300.000 Uiguren in Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan, und 1992 wurde in der kirgisischen Hauptstadt Bishkek die „Partei für ein unabhängiges Uiguristan“ gegründet, die sich die Schaffung eines separaten uigurischen Staates zum Ziel gesetzt hat.[2]

Radikale Islamisten stellen allerdings eher eine kleine Minderheit unter den Uiguren dar. Doch auch wenn es sich bei den Befürwortern einer Unabhängigkeit keineswegs nur um radikale Islamisten oder Panturkisten handelt, so ist doch signifikant, dass der radikalere und militante Teil der Bewegung teils von den Taliban in Afghanistan, teils von radikal-muslimischen Bewegungen in Pakistan ausgebildet wurde. Trotz intensiver Bemühungen gelang es Peking nicht, die Taliban von der Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung in Xinjiang mit Waffen und Drogen (zur Finanzierung von Waffenkäufen) abzuhalten. Und dies trotz des Besuches von Taliban-Vertretern in Peking und des Besuchs von Mitgliedern des *China Institute for Contemporary International Relations*, ein Think-tank des Ministeriums für Staatssicherheit, in Afghanistan. Bereits 1999 hatte China durch Vermittlung Pakistans den Taliban Handelsbeziehungen angeboten, falls sie die Unterstützung uigurischer Unabhängigkeitsbewegungen einstellten. Auch ein Treffen von Chinas Botschafter in Pakistan Lu Shulin mit dem Taliban-Führer Mullah Mohammed Omar im Dezember 2000 blieb ohne Ergebnis, weil Lu die Einstellung der Taliban-Unterstützung für uigurische Kämpfer forderte, während Omar von China verlangte, sich für die Aufhebung der UN-Sanktionen gegen Afghanistan einzusetzen, die nach den Anschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania sowie auf den Zerstörer *Cole* in Aden gegenüber Afghanistan verhängt worden waren.

Diese Entwicklung verdeutlicht Chinas direktes Interesse an dem Sturz des Taliban-Regimes. Immerhin sollen sich einige tausend militante Uiguren zur militärischen Ausbildung in

[2] Zudem gesamten Themenkomplex ausführlich: Die Heterogenität des Islam in China - Bedrohungsperzeption und ethnische Konfliktmuster, in: Klaus H. Schreiner, Hrsg., Islam in Asien, Bad Honnef 2001, S. 196-231.

Afghanistan aufhalten. Im Jahre 2000 hatte China Usbekistan erstmals Militärhilfe zur Bekämpfung der „Islamischen Bewegung von Usbekistan“ gewährt, die aus Afghanistan kommend den Sturz der usbekischen Regierung betreibt und in deren Reihen sich auch eine größere Anzahl von Uiguren befinden. Im September 2000 berichtete die *Far Eastern Economic Review* überdies, dass Uiguren in einer Brigade kämpften, die von Osama bin Laden aufgestellt worden sei.[3] Der chinesische Vizepremier Qian Qichen sprach im November 2001 gegenüber Mary Robertson, UN High Commissioner for Human Rights, davon, dass ca. 1.000 Uiguren von al-Qaida in Afghanistan ausgebildet würden und rund einhundert mit den Taliban kämpfen würden.[4] Bereits 1999 hatten westliche Geheimdienste Verbindungen uigurischer Gruppen zu bin Laden festgestellt. Selbst in Tschetschenien sollen Uiguren kämpfen. Der russischen Zeitung *Isvestiya* zufolge wurden dort von russischen Streitkräfte bereits mehrere Uiguren chinesischer Nationalität gefangen genommen. Mindestens ebenso wichtig wie die Unterstützung mit Waffen und Geld oder Drogen ist jedoch der Export fundamentalistischer Ideen aus Afghanistan, der die Radikalisierung unter den Uiguren fördert.

Auch andere Mächte sind in China aktiv, etwa der Iran. So klagte die chinesische Regierung bereits in den 90er Jahren in internen Berichten, dass in „den letzten Jahren ein gewisses Land in Mittelost wie auch seine Botschaft in China den Einfluss der schiitischen Sekte des Islam zu vergrößern“ suche und „eine islamische Revolution initiieren“ wolle. Selbst der alte Freund Pakistan wird verdächtigt, die Einflussnahme pakistanischer Islamisten in Xinjiang zumindest zu tolerieren. So hat Peking Islamabad wiederholt aufgefordert, gegen Gruppen wie *Jamaat-e-Islami* vorzugehen, die sezessionistische Bewegungen in Xinjiang finanzieren, ausbilden und bewaffnen. Hunderte von Uiguren aus Xinjiang studieren an islamischen Hochschulen der *Jamaat*-Bewegung in Pakistan.

Allerdings muss betont werden, dass die meisten Uiguren Sunniten und Anhänger des Sufismus sind, einer toleranten Form des islamischen Mystizismus, den die Taliban explizite bekämpften, und dass es daher falsch wäre, die uigurische Unabhängigkeitsbewegung mit den Taliban oder mit Islamismus gleichzusetzen. Selbst der „East Turkistan National Congress“ und sein Vorsitzender Enver Can haben sich von den Terroranschlägen und vom Terrorismus im Allgemeinen distanziert.[5] In der offiziellen Propaganda versucht Peking allerdings diesen Eindruck zu vermitteln („Islamisten“, „Terroristen“), um die Unabhängigkeitsbestrebungen generell zu diskreditieren. Im Innern gehen die Behörden derzeit im Rahmen einer landesweiten Kampagne zur Bekämpfung schwerer Kriminalität unter dem Motto „hart Zuschlagen“ (*yan da*) gegen die Unabhängigkeitsbewegungen vor. Außenpolitisch hat China die „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (mit China, Rußland, Kirgisien, Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan) ins Leben gerufen, zu deren Zielen auch die gemeinsame Bekämpfung von Terrorismus in der Region gehört. Bereits bei einem Gipfeltreffen dieser Länder im April 2000 in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe verurteilten die Teilnehmerstaaten die Unterstützung von Terrorismus durch die Taliban und beschlossen die Einrichtung einer Antiterrorzentrale in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek.

Darüber hinaus erklärten der chinesische Partei- und Staatschef Jiang Zemin und der russische Präsident Putin gemeinsam, tschetschenische und uigurische „Separatisten“ personifizierten den internationalen Terrorismus und sollten mit drastischen Maßnahmen zerschlagen werden. Die Forderung nach größerer Selbständigkeit oder Unabhängigkeit der betroffenen Völker wird von beiden Politikern inzwischen mit Terrorismus in einen Hut geworfen. Auch in Tadschikistan und

[3] Susan V. Lawrence, Where Beijing Fears Kosovo, in: Far Eastern Economic Review, 7.9.00, S. 22ff.

[4] Vgl. Northeast Asia Peace and Security Network Daily Report, 13.11.01, NAPSNET@nautilus.org; Uyghur Information Agency, 20.12.01, http://www.uyghurinfo.com

[5] Vgl. Uighur Affairs Survey, 1/2001; Sean L. Yom, Conflict Profile: Uighur Muslims in Xinjiang, http://www.selfdetermine.org/conflicts/uighur.html

Usbekistan werden inzwischen Oppositionelle und Dissidenten zu „Terroristen“ erklärt und als solche verfolgt.

Im Zuge der gegenwärtigen internationalen Terrorismusbekämpfung konstatierte der Direktor des Internationalen Sicherheitsprogramms an der Peking-Universität Zhu Feng, auch China sei Opfer des Terrorismus; jetzt sei die Gelegenheit für eine Intensivierung des Kampfes gegen den Separatismus in Xinjiang günstig. Und in der Tat wurde Ende 2001 eine drakonische Kampagne gegen Separatisten und religiöse Fundamentalisten durchgeführt. Die Streitkräfte in Xinjiang wurden verstärkt, Tausende von Uiguren sollen verhaftet und Dutzende hingerichtet worden sein. Mehrere tausend Imame wurden in politischen Schulungsgruppen organisiert, in denen ihnen die Anweisungen der Partei sowie ein „korrektes“ Verständnis vom Islam vermittelt werden sollten.[6] Anfang Dezember hatte der Parteisekretär von Xinjiang Wang Lequan auf einer Dringlichkeitssitzung erklärt, die drei Kräfte Antikommunismus, Separatismus und Terrorismus müssten mit harter Hand und permanent bekämpft werden.

Hoffnung auf Verbesserung der Beziehungen zu den USA

Die Anschläge und die ihnen folgende Schwerpunktverlagerung der US-Außenpolitik auf die Terrorismusbekämpfung hat den amerikanischen Druck auf die chinesische Innen- und Außenpolitik zunächst einmal gemindert. Die amerikanische Unterstützung Taiwans oder Menschenrechtsfragen dürften nun zunächst eine nachgeordnete Rolle für die USA spielen. China gilt gegenwärtig nicht mehr als ein zentraler Bedrohungsfaktor für Amerika. Die Auseinandersetzung über das amerikanische nationale Raketenabwehrsystem (*National Missile Defense*) hat sich zumindest temporär abgeschwächt, obschon Washington nach kurzer Bedenkpause dieses System neuerlich verfolgte, wenn auch nach Konsultation mit Moskau und Peking.

Gleichwohl kann China hoffen, durch Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsamer Terrorismusbekämpfung ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen aufzuschlagen.[7] Die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die US-Streitkräfte 1999 oder die Kollision eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges mit einer chinesischen Militärmaschine im chinesischen Luftraum und die damit verbundene Notlandung des US-Flugzeuges auf der chinesischen Insel Hainan im April 2001 hatten zu einer erheblichen Abkühlung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen geführt.

Die chinesische Führung hat diese Konflikte auch genutzt, um die nationalistische und damit anti-amerikanische Propaganda im Innern zu stärken und die Parteiführung als entschiedenste Vertreterin nationaler Interessen darzustellen. Diese Propaganda hat das Image der amerikanischen Gesellschaft in Form eines freien, libertären „American way of life“, der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit und von der US-Gesellschaft als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, in dem jeder nach seiner Facon glücklich werden kann, unter vielen Chinesen mit einer seltsamen Abneigung gepaart: einerseits Bewunderung, andererseits eine Art tiefer Aversion. Ein Pekinger Taxifahrer, der mir jüngst verdeutlichte, dass er die USA „am meisten hasse“, erklärte auf meine Frage, wo er am liebsten leben und seßhaft werden möchte: „Natürlich in den Vereinigten Staaten“. Die Vorstellung, die USA wollten China am Aufstieg zur Weltmacht hindern und es arm und unterentwickelt halten und die Vorstellung, Washington übe ungerechtfertigterweise permanenten Druck auf China aus

[6] Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.01.

[7] Eine solche Hoffnung hat auch der chinesische Außenminister Tang Jiaxusn bekräftigt, vgl. Renmin Ribao (Volkszeitung), 17.12.01.

(in Fragen wie Taiwan, Tibet oder den Menschenrechten) haben in den letzten Jahren unter der Bevölkerung einen wachsenden Anti-Amerikanismus genährt.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts - so argumentieren chinesische außenpolitische Analytiker seit Jahren - habe sich der Druck der USA auf China verstärkt, zumal die Vereinigten Staaten das Ende dieses Konfliktes mit dem Sieg ihrer politischen und Wertvorstellungen gleichgesetzt hätten. Die Bedrohungsperzeption Chinas richtet sich in erster Linie gegen die USA und ihren Sendungsglauben. Die „Neinsager"-Literatur", die 1996 mit den chinesischen Bestsellern „China kann nein sagen" oder „Wie China nein sagen kann" einsetzte, brachte diese Haltung deutlich zum Ausdruck.[8] Diese Titel richteten sich primär gegen die Vereinigten Staaten. Die chinesischen Autoren vertraten darin die Meinung, die USA versuchten Chinas Entwicklung einzudämmen und diskriminierten und schikanierten es. Daher müsse ihnen mit einer Politik der Stärke gegenübergetreten werden. Amerika wurde als das Negative begriffen, das andere Gesellschaften mit seinen Werten (wie Demokratie, Menschenrechte, Pressefreiheit, Freiheit des Individuums) zu destabilisieren oder mit der Durchsetzung seiner Arbeits- und Sozialstandards Ländern wie China ihren Lohnkostenvorteil zu nehmen und sie als Konkurrenten auszuschalten versuchten. Auch die Doppelstandards der USA, nämlich im eigenen, nationalen Interesse jeweils Menschenrechts- und Demokratisierungsvorstellungen vorzutragen oder auch nicht, sie also im Eigeninteresse zu instrumentalisieren, hat viele chinesische Intellektuelle von Bewunderern zu Kritikern der USA werden lassen.[9]

Von daher verwundert es nicht, dass es in der chinesischen Gesellschaft eine Strömung gibt, die ihrer Freude über die Anschläge in New York und Washington Ausdruck gegeben hat und sie mit „*huogai*" (geschieht ihnen recht) quittierten. Den Aufgeklärteren ist allerdings bewusst, dass ein Niedergang der USA nicht in chinesischem Interesse sein kann, zumal China von den USA außenwirtschaftlich gesehen erheblich profitiert.

Unterschiedliche Vorstellungen

Die Unterschiede im Hinblick auf das weitere Vorgehen in der Terrorismusbekämpfung sind allerdings deutlich. Auch wenn ein eingegrenztes amerikanisches Vorgehen in Afghanistan gebilligt wurde, ist China im Grunde gegen militärische Aktionen. Es verlangte von Anfang an „konkrete Beweise" gegen bin Laden und die Taliban. Außerdem müssten Militäraktionen vom UN-Sicherheitsrat, dem China angehört, autorisiert werden. China hoffte zunächst auf eine rasche Beendigung der Kampfhandlungen und setzte durch, dass das Kommunique der Staats- und Regierungschefs der APEC im Oktober 2001 in Shanghai die amerikanischen Aktionen in Afghanistan mit keinem Wort erwähnte.

Peking befürchtet, durchaus berechtigt, eine Rückkehr vom Multilateralismus zum Unilateralismus im Sinne amerikanischer Hegemonialpolitik und damit eine signifikante Verringerung der Rolle der Vereinten Nationen in der internationalen Politik. Überdies gibt es Befürchtungen, Interventionen vor allem der USA und der NATO im Namen humanitärer Intervention oder Zielsetzungen könnten sich eines Tages auch gegen China selbst richten. Von daher reagiert es äußerst sensibel auf „Einmischungen in die inneren Angelegenheiten" und „Verletzung der Souveränität" anderer Staaten. Nordkorea hat sich Ende 2001 bereits an Peking gewandt, mit der Bitte, im Falle von Luftangriffen Pyöngyang zur Seite zu stehen. Auch die Kündigung des Anti-Ballistic Missile-Vertrags mit Rußland durch die Vereinigten Staaten hat

[8] Siehe Song Qiang/Zhang Zangzang/Qiao Bian, Hrsg., Zhongguo keyi shuo bu (China kann Nein sagen), Beijing 1996; Zhang Xueli, Zhongguo heyi shuo bu (Wie China Nein sagen kann), Beijing 1996.

[9] Diese Entwicklung beschreibt z.B. Zhou Derong in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19.10.01.

das Misstrauen Pekings wieder geschürt. Von daher hat China wiederholt erklärt, die US-Kriegführung dürfe nicht auf weitere Länder, wie den Irak oder Somalia, ausgedehnt werden.[10]

Zugleich befürchtet Peking als Folge der Terrorismusbekämpfung eine stärkere künftige US-Militärpräsenz in Zentralasien und damit an seinen Grenzen. Schließlich hat auch der Golfkrieg zu einer stärkeren Militärpräsenz der Amerikaner im Nahen Osten geführt. Bereits nach der Intervention der USA und der NATO im Kosovo hatten in Peking neuerlich die Alarmglocken geläutet. Und die Befürchtungen in Zentralasien scheinen sich zu bewahrheiten. Während die USA, schon aufgrund erhoffter Hilfe in den zentralasiatischen Republiken, auf großes Entgegenkommen mit ihrer Intervention in Afghanistan stießen und Usbekistan und Tadschikistan die Stationierung von US-Truppen genehmigten, droht China in Zentralasien gegenüber den USA an Einfluss zu verlieren. Auch die neue Freundschaft von Bush und Putin wird von Peking mit Mißtrauen beobachtet.

Befürchtungen gibt es auch, dass die Vereinigten Staaten eine asiatische NATO ins Leben rufen könnten, die dann gemeinsam mit dem europäisch-nordamerikanischen großen Bruder eine hegemoniale Rolle in Asien spielen könnte. Eben von daher betont Peking immer wieder die Rolle der Vereinten Nationen, die internationale militärische Interventionen autorisieren und überwachen müssten. Die Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität der Staaten müssten Eckpfeiler auch der neuen internationalen Ordnung bilden.

In chinesischen Analysen wird zugleich darauf hingewiesen, dass die Ursachen des Terrorismus stärker herausgearbeitet werden müssten. Die amerikanische Außenpolitik gilt dabei als ein wichtiger Ursachenfaktor, der den Zulauf zu terroristischen Vereinigungen begünstige. In der öffentlichen Meinung in China, aber auch vielen Wissenschaftlern und Politikern gelten die USA als arrogante Supermacht, die die Aufrechterhaltung einer ungerechten politischen und Wirtschaftsordnung sichert, sich beliebig in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischt und deren Souveränität verletzt. Ohne grundsätzliche Änderungen in der amerikanischen Außenpolitik sei daher dem auf die USA zielenden Terrorismus nicht beizukommen.

China kennt auch ein vor dem 11. September entworfenes Strategiepapier des Pentagon, in dem Asien als künftiger potenzieller Krisen- und Gefahrenherd charakterisiert wird, so dass es dringend stärkerer amerikanischer Militärpräsenz in der Region bedürfe. Zugleich wurden in dem Papier Überlegungen zur regionalen Kriegführung, inklusive des Einsatzes von Bodentruppen und des Sturzes von Regierungen angestellt.[11] Obwohl China in dem Paper nicht explizite angesprochen wurde, haben ähnliche Strategiepapiere des Pentagon in früheren Jahren sowie andere amerikanische Publikationen den strategischen Feind offen benannt: China.[12] Auch Huntingtons *Kampf der Kulturen* kreierte neue internationale Feindbilder, neben dem islamischen auch den „konfuzianischen" Kulturkreis.[13] Von daher können sich chinesische Befürchtungen durchaus auf amerikanische vermeintliche Bedrohungsperzeptionen berufen.

Doch während Washington und Peking sich in der Bekämpfung des Terrorismus einig sind und China von der bloßen Unterstützung sogar zur Kooperation überging (durch Bereitstellung von Informationen, auch auf der Geheimdienstebene), gibt es gravierende Unterschiede hinsichtlich der Art und der Mittel der Bekämpfung. Überdies befürchtet China eine regionale Kräfteverschiebung durch stärkere amerikanische Militärpräsenz, eine Füllung des regionalen

[10] Vgl. etwa Renmin Ribao (Volkszeitung), 10.12.01, S. 3.
[11] Asian Wall Street Journal, 4.10.01.
[12] Vgl. u.a. Richard Bernstein/Ross H. Munro, The Coming Conflict with China, New York 1997.
[13] Vgl. Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, Wien 1998.

Machtvakuums durch den Iran oder eine Destabilisierung Pakistans, die mit einer Stärkung Indiens, einem Rivalen Pekings, verbunden wäre. Pekings außenpolitische Interessen bestehen primär in der Sicherung eines ruhigen Umfelds für wirtschaftliche Entwicklung, der Wiedervereinigung mit Taiwan und der Förderung einer multipolaren Weltordnung. Gleichzeitig möchte es bei wichtigen Angelegenheiten konsultiert und respektiert werden.

Peking kann sich durchaus Hoffnung auf Teilerfolge machen. Zwar wird Washington seine Bemühungen um Zerschlagung der Unabhängigkeitsbewegungen in Xinjiang und Tibet nicht unterstützen. Eine Niederlage für Terrorismus und radikalen Islamismus in Zentralasien begünstigt allerdings die chinesische eigene Bekämpfungsstrategie. Möglicherweise nimmt Präsident Bush künftig auch eine versöhnlichere Haltung gegenüber der chinesischen Führung ein. Die Grundkonflikte (Menschenrechte, Taiwan-Frage, eine als hegemonial verstandene US-Außenpolitik) werden allerdings bleiben, weil sich die Gesellschaftsordnungen und Grundwerte beider Systeme prinzipiell voneinander unterscheiden. Gemeinsame Terrorismusbekämpfung ist überdies keine Basis für längerfristige harmonische Beziehungen. US-Außenminister Colin Powell hat bereits darauf hingewiesen, dass eine Zusammenarbeit mit Peking in der Terrorismusbekämpfung nicht bedeute, dass sich die amerikanische Taiwan-Politik ändere oder keine Waffen mehr an Taipeh geliefert würden.

Der APEC-Gipfel im Oktober 2001 in Shanghai führte zu einem Treffen von Präsident Bush mit dem chinesischen Partei- und Staatschef Jiang Zemin, in dessen Rahmen Bush die „Ein-China-Politik" der Vereinigten Staaten bekräftigte und nicht, wie ursprünglich angekündigt, die Taiwan-Problematik zur Sprache brachte. Allerdings warnte er Peking davor, den Kampf gegen den Terrorismus und die berechtigten Anliegen ethnischer Minderheiten in China miteinander zu vermengen. Dabei handle es sich um zwei grundverschiedene Fragen. Entsprechend lehnten die USA auch die chinesische Forderung nach Übergabe gefangen genommener uigurischer Talibankämpfer ab, da es sich dabei nicht um Terroristen, sondern um Angehörige einer separatistischen Bewegung handele.[14] Peking spricht hier allerdings von einer Doppelmoral, nämlich eine Einteilung in „böse" Terroristen, die gegen die USA operierten und „gute", die gegen andere (hier: China) agierten. Dies begünstigt das nach wie vor vorhandene Mißtrauen der chinesischen Führung gegenüber den Zielen der USA. Tatsächlich gibt es keine eindeutige außenpolitische Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber muslimischen Minderheiten. Während sie im Kosovo intervenierten, griffen sie z.B. in Tschetschenien oder auf den Philippinen nicht ein, sondern zogen sich auf die Rolle des kritischen Beobachters zurück.

Am Rande des APEC-Gipfels kündigten große US-Konzerne wie Microsoft, Applied Materials, Hewlett-Packard oder General Motors größere Investitionen in China an. Der Chef eines amerikanischen Versicherungsunternehmens sprach gar davon, dass das Jahr 2001 das „Jahr Chinas" gewesen sei.[15] Die Kooperation in der Terrorismusbekämpfung scheint sich offensichtlich auch wirtschaftlich auszuzahlen.

Zusammengefasst läßt sich feststellen, dass die amerikanische Chinapolitik einen Wandel in dem Sinne vollzogen hat, dass die Konfliktlinien zwischen beiden Ländern zwar nicht aufgehoben sind, aber eine für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit im Mittelpunkt der Beziehungen stehen soll. Ob dies in eine „strategische Partnerschaft" mündet, bleibt abzuwarten. „*Candid, constructive and cooperative partnership*" hatte Bush das in Shanghai genannt, wobei Kooperation in Angelegenheiten beiderseitigen Interesses (wie Terrorismusbekämpfung, Handel, Investitionen, Eindämmung von Proliferation oder globale Umweltfragen) im Mittelpunkt stehen sollen, ohne dass Fragen, in denen es Dissens gibt (Taiwan-Frage, Menschenrechte), ausgeklammert werden. Das Schwarz-Weiß-Bild Freund oder Feind würde damit aufgegeben.

[14] Uyghur Information Agency, 20.12.01, a.a.O.
[15] Michael Vatikiotis et al., Terror throws us together, for now, in: Far Eastern Economic Review, 1.11.01, S. 36ff.

In ähnlicher Weise zeigt sich die chinesische Seite bereit, das Positive der bilateralen Beziehungen herauszuheben und das negative USA-Bild, wie es nach der Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad oder dem Zwischenfall mit dem US-Aufklärungsflugzeug immer stärker in den Vordergrund trat, in den Hintergrund treten zu lassen. Darüber hinaus zeichnet sich noch eine weitere Änderung in der chinesischen Außenpolitik ab: Vom eher passiven Partner, der zurückhaltend und kryptisch argumentiert und sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eher enthält als ein Veto einzulegen, hin zu einem mehr aktiven Akteur, der eine verantwortliche Rolle und Gestaltungsaufgabe in der internationalen Politik wahrnehmen könnte. So hat China z.B. seine Bereitschaft signalisiert, sich an internationalen Friedensmissionen in Afghanistan zu beteiligen. Unter Umständen ließe sich dies auch in dem Sinne begreifen, dass China über die Notwendigkeit einer rationalen Weltinnenpolitik nachzudenken beginnt. Allerdings sind solche außenpolitische Veränderung in der chinesischen Führung durchaus noch umstritten, bedürfte es hierzu eines nachhaltigeren und längeren Diskurses darüber sowie aufgeklärter Führungspersonen, zumal unter dem Blickwinkel, dass eine solche Weltinnenpolitik und Gestaltungsaufgabe auch auf einer bestimmten akzeptierten Rechts-, Wert- und Legitimationsgrundlage beruhen müsste.

Gleichwohl haben die Ereignisse vom 11. September die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in erstaunlicher Weise verändert, wobei Peking das Moment der internationalen Terrorbekämpfung innen- und außenpolitisch nutzen und instrumentalisieren kann.

Reaktion der Regierung

Die Reaktionen der malaysischen Regierung auf die Anschläge vom 11. September 2001 reihten sich ein in die von der Mehrheit aller Staaten bekundete Verurteilung des Terrors und die gleichzeitige Bekräftigung, dass diesem Einhalt geboten werden müsse.[16] Für Malaysia als muslimisches Land war überdies die Betonung der Regierung wichtig, dass die Terrorbekämpfung nicht in einen Kampf gegen die islamische Welt münden dürfe. Die Angriffe der USA auf Afghanistan wurden umgehend missbilligt.[17] Statt dessen lud Premierminister Mahathir die westliche Welt ein, nach Malaysia zu kommen, um ein alternatives Bild von Islam zu gewinnen. Die Menschen im Westen sollten sich umsehen im „modernen islamischen Modellstaat“ Malaysia, in dem Frauen in knappen Miniröcken neben tief verschleierten Frauen zur Arbeit gehen, ohne damit Konflikte zu beschwören.[18] Dennoch war die Regierung um die innere Sicherheit besorgt; Mahathir sagte seine geplanten Reisen nach Europa und zum Commonwealth-Gipfel in Australien ab, um vor Ort sein zu können. Nach außen hin vermittelte er damit das Bild nicht nur des emotional getroffenen, sondern auch sicherheitspolitisch auf die Lage des eigenen Staates konzentrierten, verantwortungsvollen Regierungschefs. Vermutet werden darf, dass sich hinter diesem Bild aber noch ein anderes politisches Kalkül verbarg, das nicht einzig von Emotion und Verantwortungsbewusstsein geprägt war. Zum einen nämlich wäre der Premierminister gerade in Europa mit seinen wirtschaftspolitischen Anliegen (Wunsch nach ausländischen Investitionen) in dieser Krisenzeit wahrscheinlich auf wenig Gehör gestoßen; zum anderen hätte sein von ihm selbst kultiviertes Image als harscher Kritiker des Westens ihm in dieser internationalen Stimmungslage noch mehr zum Schaden gereicht als es ohnehin schon der Fall ist. In einer Atmosphäre der wiederholten Bekräftigung, dass der Krieg in Afghanistan kein Krieg gegen den Islam sei, aber der gleichzeitigen Fokussierung des islamischen Extremismus als Ursache für die Terroranschläge bedeutete die Abwägung der eigenen Position für jede/n muslimische/n Regierungschef/in einen Drahtseilakt. So auch für Mahathir, der zudem mit einer stetig stärker werdenden islamischen Opposition in Malaysia zu kämpfen hat.

Innenpolitische Ebene

Die innenpolitische Komponente überwiegt daher auch in der politischen Reaktion auf die Anschläge in den USA und den nachfolgenden Krieg in Afghanistan. Die vorausgegangenen Entwicklungen in Malaysia spielen eine zentrale Rolle für die Erklärungen und Handlungsanweisungen Mahathirs, der mehr oder minder im Alleingang die Politik bestimmt hat, ohne auf irgendeine nennenswerte Kritik von Seiten der nicht-muslimischen

[16] Vgl. *New Straits Times*, online-Ausgabe, 13.09.01, Malaysia condemns attack.
[17] Vgl. *Malaysiakini* (online-Tageszeitung ohne Print-Ausgabe), 08.10.01, We do not support war against any Muslim nation: PM.
[18] *Malaysiakini*, 18.09.01, Government offers alternative view of Islam in wake of terror attacks.

Koalitionspartner in seiner Regierung zu stoßen.[19] Seit Monaten befindet sich die von Mahathir angeführte United Malays National Organisation (UMNO) mit der Islamischen Partei Malaysias (PAS) im Konkurrenzkampf um die Gunst der malaiisch-muslimischen Wählerstimmen. In den nationalen Wahlen von 1999 hat die PAS als stärkstes Mitglied des Oppositionsbündnisses „Alternative Front“[20] einen solchen Stimmenzuwachs erzielt, dass sie zur ernsthaften Konkurrenz für die UMNO geworden ist. Die UMNO bemüht sich deutlich, ihr malaiisches Image zu polieren und sich islamischer zu geben als die islamische Partei. Dies äußert sich bisweilen in Aussagen wie der, dass eine PAS-Regierung, die von einem Rat der Religionsgelehrten ausginge, eine äußerst fragliche Form von Demokratie darstellen würde, bis hin zu der Behauptung, dass nur die UMNO den wahren *Jihad* zum Wohle der Malaien praktiziere.[21] Im Sommer 2001 wurden einige militante Aktionen einer „malaysischen Mujahidin-Gruppe“ (Kumpulan Mujahidin Malaysia, KMM) gemeldet. Wenngleich diese KMM nicht im entferntesten mit Gruppen wie der Hamas in Palästina, der Hizbullah in Syrien oder den Laskar Jihad in Indonesien vergleichbar ist, wurde sie in den Mainstream-Medien schnell als gefährliche extremistische Gruppierung präsentiert. Besonders pikant wirkte dabei der Umstand, dass einer ihrer Anführer, Nik Adli, der Sohn des geistigen Führers der PAS Nik Aziz Nik Mat war und ihm nachgewiesen wurde, ein militärisches Training in Afghanistan absolviert zu haben. Der UMNO kam die Episode sehr gelegen, weil sie ihre Warnung vor der PAS als einer extremistischen Partei bestätigt und gerechtfertigt sah. Der 11. September bewirkte eine weitere Bestätigung der präventiven Anti-Islamismus-Politik der Regierung. Die Terroranschläge boten also Anlass genug, um die harte Linie gegenüber islamischen Extremisten in Malaysia zu legitimieren.

Die PAS selber verurteilte zwar die Terroranschläge als „abscheuliches Verbrechen“,[22] bediente sich aber ansonsten einer recht scharfen Terminologie, um das Vorgehen gegen einen muslimischen Bruderstaat zu verurteilen.[23] Die übrigen Oppositionsparteien bekundeten ebenfalls ihre Verurteilung der Anschläge; außer der mehrheitlich von ethnischen Chinesen getragenen Democratic Action Party (DAP) hielten sich indes alle auf multiethnische Kooperation bedachten Parteien bedeckt mit Aussagen, Erklärungen und Forderungen. Die DAP wurde vor allem deshalb laut, weil sie nach wochenlangem Ringen das Oppositionsbündnis verlassen hatte. Der Austritt aus dem Bündnis geschah einzig aus dem Grunde der Unvereinbarkeit von Positionen zum Thema „islamischer Staat“. Aus Malaysia einen islamischen Staat zu machen, ist seit jeher das Ziel der PAS, wurde jedoch im Koalitionsvertrag der Oppositionsparteien nicht als Ziel des Bündnisses genannt. Je mehr die PAS auf der Akzeptanz ihres Ziels bestand, desto stärker geriet die DAP unter Druck. Das Bestreben der PAS zu akzeptieren und aus Malaysia einen islamischen Staat nach deren Vorstellungen zu machen, hätte die DAP vor allem vor ihrer eigenen Stammwählerschaft diskreditiert. Es nicht zu akzeptieren und aus der Koalition zu scheiden, hätte ihr indes den Ruf eingebracht, die Chancen für eine Ablösung der Regierung zu sabotieren. Dennoch entschied sie sich für letztere Option und erntete im Fahrwasser des 11. September dafür zumindest von den Nicht-Muslimen Lob, die

---

[19] Zur Regierungskoalition *Barisan Nasional* (Nationale Front) gehören u.a. auch die vorwiegend aus ethnischen Chinesen zusammen gesetzte Malaysian Chinese Association (MCA) und der von ethnischen Indern dominierte Malaysian Indian Congress (MIC). Beide gelten als schwach im Vergleich zu der seit 1981 von Mahathir Mohamad angeführten, malaiisch-muslimischen United Malays National Organisation (UMNO). In der Literatur und Medienberichterstattung wird wegen der Hegemonie der UMNO meist von ihr als *der* Regierungspartei gesprochen.

[20] Das Oppositionsbündnis *Barisan Alternatif* (Alternative Front) besteht neben der PAS aus der stark intellektuell besetzten People’s Party of Malaysia (PRM) und der von der Ehefrau des ehemaligen Vize-Premierministers Anwar Ibrahim angeführten National Justice Party (Keadilan). Die hauptsächlich von ethnischen Chinesen getragene Democratic Action Party (DAP) verließ das Bündnis Ende September 2001.

[21] *Malaysiakini*, 21.06.01, Coalition under PAS won’t last long; *The Star*, 12.08.00, Dr M: PAS ‚jihad‘ a disservice to Muslims.

[22] *New Straits Times*, online-Ausgabe, 13.09.01, PAS describes attacks as ‚heinous crime‘.

[23] Vgl. *Malaysiakini*, 08.10.01, US embassy under guard, PAS labels Americans ‚war criminals‘.

einem islamischen Staat mit großer Verunsicherung entgegen blickten. Kurioserweise war es dann aber die UMNO, die auf den Zug aufsprang und erklärte – offensichtlich im Glauben, die Gunst der Stunde nutzen und sich bei der malaiischen Wählerklientel als islamischste aller Parteien darstellen zu müssen -, Malaysia sei schon längst ein islamischer Staat. Islamische Infrastruktur und Gerichtshöfe seien Symbole dafür.[24] Der Aufschrei unter Muslimen wie Nicht-Muslimen war beträchtlich, denn bislang war man von einem säkularen, pluralen Staat mit Islam als Staatsreligion ausgegangen. Erwartungsgemäß entbrannte eine öffentliche Debatte über das Konzept „islamischer Staat", das keine Partei so recht zu definieren und einzugrenzen vermochte. Das Informationsministerium veröffentlichte schließlich im November 2001 ein Pamphlet mit dem Titel *Malaysia Adalah Sebuah Negara Islam* (Malaysia ist ein islamischer Staat/eine islamische Nation). In dem Text wurde unter Rückgriff auf einen muslimischen Rechtsgelehrten des 11. Jahrhunderts (Al-Mawardi) dargelegt, welchen Anforderungen eines islamischen Staates die malaysische Regierung bereits nachgekommen sei. Das Pamphlet wurde von einer malaysischen Islamwissenschaftlerin nicht-malaiischer Abstammung minutiös analysiert und stellte potentielle Konsequenzen für die Nicht-Muslime im Land heraus, die eintreten würden, wenn die in dem Text antizipierten Maßnahmen realisiert würden.[25] Am 4. Dezember zog die Regierung die Publikation des Informationsministeriums zurück mit der Begründung, ein nicht-muslimisches Parlamentsmitglied habe sich durch den Text verletzt gefühlt.[26] Gleichwohl beschäftigt die Debatte um den islamischen Staat die öffentliche politische Diskussion zutiefst und ist auch nicht durch die Beschwichtigung des Stellvertretenden Premierministers, die Deklaration der Regierung sei nur für die Ohren von Muslimen bestimmt gewesen,[27] gebremst worden.

Die Diskussion um das Konzept „islamischer Staat" ist das beherrschende Thema des politischen Diskurses in Malaysia vor und auch nach dem 11. September. Handelte es sich zuvor noch um einen oppositionsinternen Konflikt, so hat sich die Debatte durch die Erklärung Mahathirs, Malaysia sei bereits ein islamischer Staat, auf alle Parteien sowie auf Nichtregierungs-Organisationen und akademische Kreise ausgeweitet. Die Geschehnisse am und nach dem 11. September sind in diese Debatte hinein gezogen worden, zumal Malaysia auf der internationalen Bühne keine große Rolle spielt als muslimischer Staat. Die Regierung lenkte Entsetzen, Empörung und Angst der Öffentlichkeit blitzschnell um auf die innenpolitische Ebene, um ihre eigene politische Linie vor allem im Konkurrenzkampf mit der PAS legitimieren zu können. Wie in anderen Staaten in- und außerhalb der Region wirkt der Kampf gegen den internationalen Terrorismus dadurch vornehmlich wie ein Kampf auf eigenem Territorium gegen immer schon missliebige Gefahrenquellen für die innere Sicherheit. Im Falle Malaysia stand ein innenpolitischer Drahtseilakt an, weil die Regierung sich einerseits als „wahre islamische" Partei, andererseits aber auch als Garant einer auch für Nicht-Muslime akzeptablen politischen und gesellschaftlichen Ordnung erweisen musste.

Außenpolitische Ebene

Sicherheitspolitisch trat die außenpolitische Ebene vergleichsweise wenig in den Vordergrund, zumal in Malaysia keine Grundsatzentscheidungen wie etwa in Japan oder Deutschland gefällt

[24] *Malaysiakini*, 07.10.01, Islamic infrastructure and courts are marks of ‚Islamic state': Rais.
[25] *Malaysiakini*, 15.11.01, Malaysia as an Islamic state: an analysis – part 1; Malaysiakini, 16.11.01, Malaysia as an Islamic state: an analysis – part 2 (Autorin: Patricia Martinez).
[26] *Malaysiakini*, 04.12.01, Ministry's Islamic state booklet withdrawn.
[27] *Malaysiakini*, 11.12.01, Islamic state declaration only for Muslim ears:DPM.

werden brauchten.[28] Weder die ASEAN noch das ARF[29] warteten mit Positionen auf, die die regionale oder gar die internationale Öffentlichkeit hätten aufhorchen lassen. Im Gegenteil, die heterogene Besetzung der ASEAN mit muslimischen und nicht-muslimischen Mitgliedsstaaten legte es wie so oft nahe, eine dezidierte Haltung zum Problem auszusparen und sich auf vage Allgemeinplätze zu einigen. Zwar machte Singapur einen Vorstoß mit der Forderung nach einer gemeinsamen Terrorbekämpfung, kollidierte in der Prioritätensetzung aber unter anderem mit der Haltung Indonesiens und Malaysias, die das Augenmerk auf eine Resolution gegen die US-Angriffe auf Afghanistan gerichtet sehen wollten. Singapur und die Philippinen unterstützen hingegen die Militäraktionen.[30] Die disparate Meinungslage innerhalb der ASEAN hemmte die Formulierung eines konzertierten Aktionsprogramms; die Debatte verlagerte sich auf die Frage nach der Definition von Terrorismus, von der insbesondere die muslimischen Staaten eine Zustimmung zu einem Anti-Terror-Programm abhängig machten.[31]

Gleichwohl nahm Malaysia keine anti-amerikanische Haltung auf ganzer Linie ein. Eine gemeinsame Verteidigungsausstellung auf der malaysischen Insel Langkawi, die *Langkawi International Maritime and Aerospace* (Lima 2001), wurde wie geplant in der ersten Oktoberhälfte eröffnet. Alle Differenzen zwischen Washington und Kuala Lumpur wurden beiseite geschoben und Mahathir erklärte in seiner Begrüßungsansprache, dass er die Bombardements nach wie vor kritisiere, die Terroranschläge allerdings als ein Ereignis betrachte, das die Welt in einem einzigen katastrophalen Moment verändert habe.[32] Einen Monat später flammte wieder erheblicher Unmut gegenüber der US-Regierung auf, weil die neuen Visabestimmungen nun alle muslimischen Männer zwischen 16 und 45 Jahren bei der Einreise in die USA einer besonderen Befragung unterzogen, wenn sie aus bestimmten designierten Ländern stammen. Zu diesen Ländern gehört auch Malaysia. Empörung über diese Maßnahme verlautete nicht nur von den Muslimen in Malaysia, die argumentierten, dass dies doch stark auf ein Szenario „Westen versus islamische Welt" hindeute, sondern mehr noch von Seiten der Nicht-Muslime. Da nämlich die US-Botschaft erklärt hat, dass die neuen Visa-Bestimmungen für alle malaysischen Männer gelten und nicht nach Religionszugehörigkeit unterschieden werde, protestierten die Nicht-Muslime dagegen, einzig aufgrund ihrer Nationalität und unabhängig von ihrer Religion in den Kreis der „Verdächtigen" gehoben zu werden.[33] Die streitbare Regelung bewirkte einige Verstimmung in Malaysia und beflügelte die amerika-kritische Strömung in der öffentlichen Diskussion. Über eine Richtungsänderung der Außenpolitik oder ähnliche Pläne wurde bislang nicht viel publik. Malaysia hält sich zurück, da die ausdrückliche Solidarität mit den muslimischen und islamischen Staaten von der ASEAN nicht gedeckt und allenfalls von Indonesien und Brunei unterstützt würde. Allzu laute anti-amerikanische Töne würden Malaysia ebenfalls nur zum Schaden gereichen, denn die wirtschaftliche Lage kann nicht außer Acht gelassen werden, d.h. die ohnehin schon kräftig gesunkene Nachfrage aus den USA (und auch aus Europa) sollte durch atmosphärische Störungen nicht noch weiter nach unten getrieben werden.[34]

[28] Zu Japan s. den Beitrag von Karin Adelsberger in diesem Heft.
[29] ASEAN Regional Forum, 1993 gegründete, auf sicherheitspolitische Kooperation in Asien-Pazifik ausgerichtete Organisation.
[30] *Malaysiakini*, 11.10.01, Singapore calls for united Asean approach to counter terrorism; Malaysiakini, 05.11.01, Only Malaysia, Indonesia seek end to US bombing at Asean talks: Mahathir.
[31] Vgl. ebd.
[32] *Malaysiakini*, 09.10.01, US, Malaysia put aside differences at defence show.
[33] *Malaysiakini*. 13.11.01, Visa curb applies to all Malaysian men in age group: US embassy.
[34] Vgl. Wolfgang Möllers, Asien nach dem Terroranschlag, in: *KAS Auslandsinformationen* 10/01, S. 4-19, hier: 14-19.

Die politische Öffentlichkeit

Neben den Regierungs- und Oppositionspartien, die zweifellos die zentrale Rolle für die öffentliche Meinungsbildung in Malaysia spielen, wird die Diskussion in der politischen Öffentlichkeit durch einige bekannte gesellschaftliche Gruppen beeinflusst, die über ihre eigenen Zirkel hinaus zumindest auch ab und an Gelegenheit bekommen, sich in den Mainstream-Medien zu äußern. Zu ihnen zählen die Sisters in Islam (SIS), das International Movement for a Just World (JUST) oder auch, seltener, die Menschenrechts-NGO Suaram. Die Sisters in Islam sind eine Vereinigung von äußerst progressiven, auf Frauenrechte im Islam bedachte Vereinigung von Musliminnen jedweder ethnischer Zugehörigkeit. In den Wochen nach dem 11. September veranstalteten die SIS verschiedene öffentliche Diskussionen und verbreiteten vor allem über ihre mailing list im Internet zahlreiche Hintergrundberichte, Artikel und Statements von muslimischen Intellektuellen in aller Welt, die sehr differenziert und ausgewogen argumentierten. Die Kritik richtete sich daher nie einseitig gegen den Westen oder gegen den Islam, sondern erfreulicherweise gegen alle Versuche der Pauschalisierung und Vereinheitlichung der islamischen Welt. Damit kam den SIS mit wenigen anderen Gruppen und Individuen das Verdienst zu, im In- und Ausland den Blick auf die Heterogenität der islamischen Welt hinzuweisen, auf die sozialen und politischen Dynamiken und auf all jene Konfliktfelder, die in der islamischen ganz genauso wie in der nicht-islamischen Welt existieren.[35]

Streitbarer muten die Verlautbarungen und Diskussionsbeiträge der Gruppe JUST an. Ihr Vorsitzender, der international bekannte Politiker und Intellektuelle Chandra Muzaffar, wurde auf Diskussionsveranstaltungen in Malaysia häufig als wenig ausgewogen wahrgenommen.[36] Die Statements in den Veröffentlichungen der Gruppe (Monatsblatt *Commentary*) wie auch die Auftritte Chandras im westlichen Ausland riefen hingegen allgemeinen Respekt vor der differenzierten und auf Dialog bedachten Argumentation hervor.[37] Die Grundlinie der Argumentation besteht in der absoluten Ablehnung des Krieges in Afghanistan, der Distanzierung von der Beschwörung eines *clash of civilizations* sowie der Verurteilung des Missbrauchs bestimmter islamischer Konzepte wie *jihad*.[38] Als Mitinitiatorin des weltweiten „interfaith dialogue" bzw. „inter-religious dialogue" (IRD) ging und geht JUST weit über die nationale Ebene hinaus und thematisiert ideengeschichtliche wie auch praktisch-politische Fragen im religiösen Kontext. Hatte die Organisation unter Anwar Ibrahim als Stellvertretendem Premierminister noch einen „Koalitionspartner" in der politischen Elite/Regierung, so ist diese Unterstützung nach der Verhaftung Anwars zu großen Teilen weg gebrochen. Die Mitglieder von JUST beeinflussen heute die politische Öffentlichkeit mit ihren Veröffentlichungen und Aktionen, weniger aber die politische Entscheidungsfindung im Regierungslager. Bewegungen wie sie, die SIS und andere Gruppen, Initiativen und Organisationen in Malaysia zeigen, dass ein differenzierter Diskurs durchaus stattfindet und eine politische oder auch religiöse Polarisierung nach dem Muster „Islam versus Westen" nicht die einzig maßgebende Strömung in der öffentlichen Diskussion darstellt.

[35] Zur Information über die SIS s. www.sistersinislam.org.my

[36] Die Eindrücke wurden mir von Kollegen, die Diskussionsveranstaltungen von oder mit JUST-Vertretern in Malaysia besuchten, geschildert.

[37] S. etwa die Oktober- und November –Ausgaben 2001 des *Commentary* (Printausgabe oder im Internet unter www.jaring.my/just) – Chandra Muzaffar sprach z.B. am auf dem Symposium „Civil Society and the Challenge of Modernization. The Case of the Muslim World", Rathaus Berlin, 14.-15.12.2001.

[38] *Commentary* 1,10 (Oct. 2001), S. 1-5.

Resümee

Insgesamt berührten der 11. September und die Folgen Malaysia als muslimisches Land weniger als etwa Pakistan in Südasien oder Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan in Zentralasien. Verbindungslinien zwischen terroristisch-extremistischen Kreisen in der islamischen Welt und in Südostasien wurden zwar aufgedeckt, bezogen sich aber mehrheitlich auf Personen und Organisationen in Indonesien und den Philippinen.[39] Von Malaysia geht im Vergleich mit den übrigen islamisch geprägten Staaten Südostasiens die geringste Bedrohung aus. Dieser Befund stimmt Regierung und Bevölkerung in Malaysia sicherlich positiv und bestätigt den Erfolg der Marschrichtung auch der politischen Führung des Landes, die seit zwei Jahrzehnten auf einen reform-orientierten, die Modernisierung unterstützenden Islam in Malaysia setzt. Gleichwohl ruht sich die Regierung nicht auf diesem Befund aus, sondern bemüht sich mit der Begründung, die Gefahr des islamischen Extremismus sei etwa in Form von Gruppierungen wie KMM auch in Malaysia höchst präsent, präventiv tätig zu werden. Dass die Präventionsmaßnahmen häufig Mitglieder der Oppositionsparteien trifft, ist Teil des unterliegenden politischen Kalküls, denn die Regierung möchte eine geeinte malaiische Gemeinschaft sehen, die sich in Dankbarkeit hinter der UMNO versammelt (statt hinter PAS und Keadilan) und dieser auch weiterhin die politische Macht anvertraut. Die Ereignisse am und nach dem 11. September wurden und werden von der politischen Führung in ganz erheblichem Maße als Anknüpfungspunkte zur Legitimierung der eigenen politischen Entscheidungen benutzt; die innenpolitische Dimension der Reaktionen auf „9-11“überwiegt damit im Vergleich zur außenpolitischen Dimension ganz wesentlich. Die Erklärung, Malaysia sei ein islamischer Staat, sollte dementsprechend auch in erster Linie als Resultat des Konkurrenzkampfes zwischen UMNO und PAS betrachtet werden und nicht, wie in außenpolitischer Hinsicht nahe läge, als Zeichen der uneingeschränkten Solidarisierung mit der islamischen Welt. Premierminister Mahathir spart nach wie vor nicht mit Kritik an der (wirtschaftlichen) Rückständigkeit der islamischen Staaten und bekräftigt damit sein Verständnis von Islam als Motor von Entwicklung und Modernisierung, das er gerne auch im Rest der islamischen Welt beherzigt und verwirklicht sehen würde.[40]

Dass seine Rhetorik und Politik durch die Ereignisse des 11. September neuen Zuspruch erhalten haben, wurde anlässlich seines 76. Geburtstages wieder deutlich. Die Internet-Tageszeitung Malaysiakini untertitelte: "Veteran Asian leader Dr Mahathir Mohamad celebrates his 76th birthday, riding a new wave of support generated by fallout from the terror attacks on the United States."[41]

[39] Vgl. *The Guardian*, online-Ausgabe, 12.10.01, Islamists in South East Asia linked to Bin Laden.
[40] *The Star*, online-Ausgabe, 16.12.01, PM: Islam stresses improving oneself.
[41] *Malaysiakini*, 19.12.01, Mahathir rides new wave of support as he celebrates 76th birthday.

Vietnam in der Rolle des "peripheren Beobachters"

Patrick Raszelenberg

Obwohl Vietnam von den Ereignissen des 11. September nicht einmal peripher betroffen war, hat sich dennoch eine vielseitige, auf unterschiedlichen Ebenen differenziert geführte Diskussion entwickelt, die je nach politischem Standpunkt, Zugehörigkeit sowie Distanz zu den Ereignissen recht verschiedenartige Ergebnisse zutage gefördert hat. Sie ist im Folgenden eingeteilt in die drei wesentlichen Bereiche, innerhalb derer sich mit dem 11. September auseinandergesetzt wird.

Offizielle Reaktion

Die offizielle Reaktion der vietnamesischen Regierung war von vier Überlegungen geprägt, die allesamt das Verhalten Hanois nach den Anschlägen bestimmten. In einer ersten Stellungnahme drückte man seine Kondolenz aus und enthielt sich jeder politischer Wertung. Gleichzeitig bemühte man sich um Zurückhaltung sowie die Erlangung zusätzlicher Informationen, um dieses für Vietnam traditionell ungewohnte Thema – gemeint ist der Nahostkonflikt im Allgemeinen und das hiermit in Verbindung gebrachte Terrorismusproblem im Besonderen - besser verstehen zu können.

Entscheidend für die gleichsam neutrale Haltung in Ton und Ausdruck der offiziellen Reaktion ist das derzeitige Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, welches seit der Aufhebung des Wirtschaftsembargos im Februar 1994 von schrittweiser Annäherung geprägt ist. Für Vietnam war die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehung und die damit einhergehende Normalisierung des Verhältnisses zum einstigen Kriegsgegner von überragender Bedeutung während des Reformprozesses. In diesem Zusammenhang sind bereits mehrfach erhebliche Zugeständnisse an Amerika gemacht worden – u.a. im Zusammenhang mit der Begleichung südvietnamesischer Restschulden an Washington – um weder den Reformprozess noch die Integration Vietnams innerhalb der Region und in den Weltmarkt zu gefährden. Die kürzlich erfolgte Unterzeichnung eines umfassenden Handelsabkommens mit den USA, welches Vietnam die Meistbegünstigungsklausel zusichert, hat seinen Teil dazu beigetragen, dass das Land über die Verbindung zu Amerika den Anschluss an die Welt behält.

Daneben spielt die grundsätzliche Ausrichtung Hanois seit Beginn des Reformprozesses eine wesentliche Rolle, sich einer international verbindlichen Linie anzuschließen. Nichts käme dem Land ungelegener, als gerade jetzt mit radikalen Stellungnahmen und vergangenheitsdurchtränkten Parolen gegen die sich abzeichnende amerikanische Hegemonie und ihre Versuche, sich die Staaten im Sinne einer mißverstandenen Terrorismusbekämpfung gefügig zu machen, Position zu beziehen und wiederum in die isolierte Haltung eines Pariahstaates zu verfallen.

Dass zwei der ASEAN-Staaten islamisch sind, dürfte Grund genug für Hanoi sein, sich mit Stellungnahmen hinsichtlich des islamistischen Hintergrundes der Anschläge zurückzuhalten. Die ASEAN ist nach wie vor eine eher lockere und beizeiten äußerst ineffektive Vereinigung, die häufig kaum in der Lage ist, substantielle Probleme regionalen Zusammenwachsens zu lösen, sondern sich mit Schadensbegrenzung begnügen muss. Als relativ junges Mitglied dieses Verbands besitzt Hanoi noch nicht dieselbe Stimme wie alteingesessene Länder dieser

Organisation, deren Prestige ungleich größer ist. Dies gilt insbesondere für Indonesien, mit dem Vietnam traditionell gute Beziehungen pflegt.

Dass Vietnam gerade aufgrund der Zugehörigkeit Indonesiens und Malaysias zur islamischen Welt keine eindeutige Haltung selbst hinsichtlich dieser beiden Staaten im Verhältnis zu den Anschlägen vom 11. September durchblicken lässt, muss als Folge eigener Unsicherheit bewertet werden sowie bereits angesprochener Überlegungen bezüglich der eigenen Positionen bzw. dem eigenen Gewicht innerhalb der ASEAN.

Letztlich muss berücksichtigt werden, dass die vietnamesische Regierung sich traditionell wenig um die nahöstlichen Länder und deren mitunter sehr komplexe politischen und sozialen Zusammenhänge gekümmert hat. Falls der Religionsgraben noch nicht genug spaltet, kommt die jahrelange Eingrenzung auf den sozialistischen Block als zusätzliches hemmendes Element hinzu. Selbst damals standen die rhetorischen Verlautbarungen, etwa im Zusammenhang mit Syrien, in keinem Verhältnis zur nichtexistenten Realität etwaiger Handels-, Kultur- usw. -beziehungen. Dies bedeutet auch, dass Hanoi Fachkräfte und Experten fehlen, die in der Lage wären, der Regierung praktikable Vorschläge zu unterbreiten, wie man sich in diesem Konflikt am besten verhält.

Die Reaktion (Kondolenz, Zurückhaltung) ist daher auch ein Ausdruck von Unsicherheit, da man nicht weiß, wie man reagieren soll.

Orthodoxe Intellektuelle, Politiker

In diesem Bereich fallen all jene Personen, die zum einen von orthodoxen politischen Vorstellungen im Sinne des Sozialismus und seiner Ausprägung nach der Wiedervereinigung, und zum anderen von einer Mischung aus traditioneller konfuzianischer Kulturverhaftetheit sowie zögerlichem Modernisierungswillen (und damit kritischem Verhältnis zu ebendieser kulturellen Komponente) geprägt sind.

Die überwiegende Reaktion dieser Gruppe besteht aus halboffener Genugtuung. Ganz im Sinne Susan Sontags wird ausgesprochen, was viele denken, dass Amerika ‚es verdient hat', endlich einmal selbst Opfer eines verheerenden Anschlags geworden zu sein und am eigenen Leibe zu erfahren, was es bedeutet, die Folgen einer Politik, für die eben diese amerikanische Regierung verantwortlich gemacht wird, tragen zu müssen.

Diese Genugtuung speist sich aus zwei Elementen: zum einen aus einem eher traditionellen Geschichtsdenken, welches Amerika in einer Reihe mit anderen hegemonialen Mächten sieht und innerhalb dessen Vietnam eine idealisierte Opferrolle zugesprochen wird, zum anderen aus dem Gefühl einer ungerechtfertigten Einmischung der Vereinigten Staaten in die Belange des Nahen Ostens. Hierbei wird übersehen, dass Washington nicht nur zu Israel, sondern ebenso zu den meisten arabischen Staaten gute Beziehungen pflegt und ein komplexes Beziehungsgeflecht mit dem Ziel regionaler Entspannung und Ausgleich bei gleichzeitiger Wahrung des Gleichgewichts aufgebaut hat.

Diese ein wenig simplifizierte Sichtweise hängt mit der vietnamesischen Unkenntnis der Verhältnisse des Nahen Ostens zusammen sowie mit dem starken Bezug auf einige ausgewählte Länder des Westens (USA, Frankreich), die man besonders gut zu kennen glaubt. Letztlich fehlt es hier an differenzierten Einschätzungen sowie konstruktiver Lernbereitschaft.

Kritische, unabhängige Intellektuelle

Hierzu zählen zum Teil regimekonforme als auch dem System distanziert gegenüberstehende Intellektuelle, die beide ihre nüchterne Haltung bewahrt haben und nicht bereit sind, sich dominanten ideologischen Diskursen zu beugen.

Überwiegend lässt sich hier eine differenzierte Sichtweise der Dinge ausmachen, da vor allem die politischen Probleme von der menschlichen Tragödie getrennt werden und man versucht ist, dem Phänomen des Terrorismus, des militanten Islamismus usw. auf die Spur zu kommen und es für sich zu erklären.

Gleichzeitig wird offen eingestanden, dass man sich mit Fragen des Islam und der Verbindung zwischen Politik und Religion in Nahost nicht gut auskennt und daher angehalten ist, vorsichtig zu urteilen und sich keine vorschnellen Meinungen zu leisten, da diese ohnehin starken Veränderungen ausgesetzt wären. Hilfreich für diese Gruppe ist der Kontakt zu anderen Intellektuellen, die entweder selbst Muslime oder aber zumindest hinsichtlich Fragen des Islams in der Lage sind, mit diesen kritisch umzugehen. Das heißt, es findet hier eine stärkere Bemühung um Auseinandersetzung mit dem Ziel des Verstehens statt, als dies von den beiden erstgenannten Gruppen gesagt werden könnte.

Grundsätzlich ist jedoch auch diese Gruppe ebenso wie die erste neutral, wenn sie auch die Gründe ihrer Neutralität offenlegt und bereitwillig zugibt, dass sie sich im Thema nicht auskennt. Noch ist man nicht so weit, sich über die Folgen der Unkenntnis oder deren tieferliegenden kulturellen Vorurteile zu unterhalten, doch scheint dies absehbar, da man sich immer mehr dazu angehalten sieht, über die Terrorismusdiskussion auch zuvor nicht infrage gestellte Aspekte des eigenen Kulturzusammenhangs und der eigenen kulturellen Tradition neu zu bewerten.

Innerhalb der ersten Gruppe existiert eine kleine, aber hörbare Untergruppe interessierter Kader, die zwei Fragen bewegt: Wie verhält sich China? Und: Was kann Vietnam daraus lernen?

Auf den ersten Blick erstaunlich, kann es eigentlich kaum verwundern, dass man sich in Hanoi wieder einmal mehr für China als den Rest der Welt interessiert, was zum einen an der enormen Fixierung auf dieses Land, welches die Rahmenbedingungen vietnamesischer Politik über einen Zeitraum, der nur in transepochalen Langzeitdeterminanten zu beschreiben ist, geprägt hat, und zum anderen an der Furcht vor etwaigen Möglichkeiten Pekings, aus diesem Konflikt Profit zu schlagen und ihn sich insbesondere innenpolitisch zunutze zu machen, liegt.

Die Krux der Außenpolitik jeder vietnamesischen Regierung ist das Verhältnis zu Peking, und es ist für Hanoi von überragender Bedeutung, sicherzustellen, dass man in China nicht falsch verstanden wird, da dies äußerst unangenehme Konsequenzen haben könnte. Noch sind die Grenzverhandlungen beider Länder nicht abgeschlossen, hat man sich nicht auf eine klare Trennungslinie im Golf von Tonkin einigen können, noch schießt man im Südchinesischen Meer (Spratlys, Paracels) aufeinander, und noch ist die Phase der zweckgerichteten Wiederannäherung nach dem Abzug aus Kambodscha relativ jung, so dass Hanoi gerade im Rahmen seiner Reformpolitik – die sich ebenfalls in groben Zügen am chinesischen Modell orientiert – bemüht ist, jeden potenziellen Konflikt mit China zu vermeiden und daher besonders daran interessiert ist, wie China sich in diesem Konflikt verhält und wie es versucht, die Repression eigener Befreiungsbewegungen im nach wie vor ‚Neuen Grenzland' genannten Gebiet (Xinjiang) als Teil der globalen Terrorismusbekämpfung auszugeben.

Ein weiterer Aspekt ist der gern übersehene Umstand, dass in Vietnam quer durch alle sozialen Klassen und politische Gruppen schwere Vorurteile gegenüber dem Islam vorherrschen und man

eigentlich froh ist, dass Vietnam nichts mit diesem Konflikt zu tun hat, da man sonst gezwungen wäre, sich mit diesem unangenehmen und für viele Vietnamesen aversionistische Reaktionen hervorrufenden Thema (Islam) ernsthaft auseinanderzusetzen.

Als stellvertretend für diese Gruppe können Personen wie die Schriftstellerin Thuy Khue gelten, die im 11. September Reminiszenzen des kleinen Vietnam gegen das große Amerika sieht und sich an die Zeit ihres eigenen politischen Engagements erinnert fühlt.

Dominierend innerhalb dieser Gruppe ist letztlich das Gefühl, dass Amerika nun auch einmal Bombenangriffen auf das eigene Land ausgesetzt gewesen sei. Selbstverständlich spielen bei derartigen Haltungen die eigene Biographie sowie politische Sozialisation eine größere Rolle als die sachliche Auseinandersetzung mit dem Islam, die selbstredend kaum stattfindet, da dies schlichtweg keine Rolle für die eigene Position spielt, sondern die Einordnung Amerikas in überholte Denkmuster wesentlicher erscheint, ein Umstand, der sich vor allem daraus erklären lässt, dass jene Zeit des eigenen Engagements mit enormen Opfern verbunden gewesen ist, die nicht umsonst gewesen sein sollen.

Der politische Hintergrund des 11. September wird in dieser Gruppe als sehr komplex empfunden, derart, dass man das Gefühl hat, dieser Auseinandersetzung nicht gewachsen und nicht in der Lage zu sein, korrekt mit ihr umzugehen.

Verminderte, abgeschwächte Vorurteile gegenüber dem Islam erleichtern dieser Gruppe das diskursive Vorgehen, doch muss man auch hier festhalten, dass keinesfalls von aufgeklärtem, modernen Denken gegenüber dem Islam gesprochen werden kann.

Ebenso wie die anderen Gruppen auch interessiert man sich hier stark für China (Xinjiang) und empfindet offenen Ärger, dass China Vorteile aus diesem Konflikt ziehen kann, was allerdings weniger politisch als kulturell interpretiert wird, d.h. China habe mehr Möglichkeiten, sei ein größeres und komplexeres Sozialgebilde und Vietnam immer einen Schritt voraus, was u.a. aus den vielfachen Möglichkeiten seiner komplexen Kultur resultiere, so dass es selbst im Afghanistan-Konflikt noch die Zerschlagung und rücksichtslose Unterdrückung separatistischer Gruppen und jeglicher Forderungen nach Autonomie in Westchina mit prowestlicher antiterroristischer Rhetorik vornehmen könne. Das heißt, man fühlt sich China gegenüber benachteiligt und verfällt in althergebrachte Denkmuster kultureller Minderwertigkeit, die sich in diesem Fall politisch äußern, ihren Ursprung jedoch in falsch verstandener kultureller Abgrenzung gegenüber China haben.

Fazit

Allgemein gesprochen, können folgende Punkte festgehalten werden:

1) Unsicherheit, Erstaunen, Schock

Diese Elemente finden sich in allen drei Gruppen wieder, wenn auch die Bereitschaft, dieses Verhalten bzw. diese Reaktion in eine politisch aussagekräftige Haltung umzumünzen, bei der zweiten Gruppe am ausgeprägtesten ist.

2) Vorurteile gegenüber dem Islam bestätigt:

Dieses gern vermiedene und unterdrückte Thema hat insbesondere in der dritten Gruppe zu einer relativ offenen Diskussion um konkrete Punkte geführt. Der Islam, ob politisch oder kulturell, religiös oder soziokulturell (was nicht unterschieden wird) wird grundsätzlich als

a) rückständig
b) frauenfeindlich
c) irrational

empfunden. Da man das eigene Land jedoch ebensowenig als eines der fortschrittlicheren begreift, die extrem misogyne Komponente der konfuzianischen Soziallehre geflissentlich übersieht und das rationalitätsfeindliche ideengeschichtliche Erbe Ostasiens (Yijing, Huainanzi, Liezi usw.) schlechterdings nicht als der eigenen Kultur in irgendeiner Hinsicht fremd einordnen kann, behaupten wir, dass der Islam für viele Vietnamesen das repräsentiert, was man an sich selbst ablehnt.

3) Die Intellektuellendiskussion im Internet

konzentriert sich auf Fragen des allgemeinen Sicherheitsproblems, wobei die Diskussion über Texte westlicher Intellektueller (Sontag, Said, Roy usw.) zum 11. September in Verbindung mit dem politischen System Vietnams sowie der Haltung zu internationalen Konflikten gebracht wird. Auch wenn diese Diskussion mitunter sehr unterschiedliche Ergebnisse hervorbringt, muss ihr Wert innerhalb der globalen Diskussion als zurückgestuft eingeschätzt werden, da sich hier überwiegend kritische Auslandsvietnamesen und Mitglieder der zweiten Gruppe (s.o.) melden, die weitaus stärker an Gesprächen über Vietnam selbst interessiert sind und den 11. September gern als Aufhänger für brennende innenpolitische Fragen benutzen.

4) Assoziations- und Bilderdiskussion

Was gänzlich fehlt, ist eine Bilderdiskussion, d.h. eine an bestimmten Erinnerungen ausgerichtete Verbindung politischer Symbole mit der eigenen Biographie. Während im Westen gern ein Zusammenhang zwischen hungernden Kindern in Afghanistan und jenen im Vietnam der 60er und 70er Jahre hergestellt, sich mit Vorliebe auf den erneuten Einsatz der B-52-Bomber bezogen wird, hat man all dies in Vietnam eher mit dem Balkankrieg als mit Afghanistan in Verbindung gebracht, zumal die Haltung Hanois zu Jugoslawien (und was davon übrigblieb) dezidiert antiamerikanisch war, mit dementsprechenden Bildern und Assoziationen unterlegt wurde. Zudem wollte sich dieses Mal keine Solidarität mit Afghanistan einstellen wollte – zu unbekannt und fremd, zu andersartig erscheint nicht nur das Land, sondern auch die politische Konstellation. Während im Jugoslawienkonflikt eine Reihe von Staaten kritische Verlautbarungen hören ließen und das Vorgehen in diesem Konflikt auch innerhalb der NATO nicht unumstritten war, scheint sich hinsichtlich Afghanistans eine klare Linie aller nichtislamischer Länder herauszubilden (Ausnahmen sind islamisch geprägte, stark antifundamentalistische Regimes wie Ankara). Darüber hinaus fällt die Herstellung eines Bezugs zum eigenen Krieg gegen Saigon und Amerika schwer, da die Situation offenbar zu andersartig ist und man mittlerweile an guten bis hervorragenden Beziehungen zu Amerika interessiert ist.

Die japanische Reaktion auf die „Vergeltungsschläge" der USA in Afghanistan: Ein neuer Test für das Sicherheitsbündnis?

Karin Adelsberger

Reaktion der japanischen Regierung

Schon kurz nach den Anschlägen in den USA wurde deutlich, dass der 11. September 2001 auch von Japan, das aufgrund einer restriktiven Verteidigungs- und passiven Außenpolitik in der internationalen Gemeinschaft oft als ‚Trittbrettfahrer' kritisiert wurde, mehr verlangte, als Japan bislang bei internationalen Krisen zu geben bereit war. Japan hielt sich diesmal nicht unter Verweis auf die Verfassung mit dem berühmten Artikel 9 (Verzicht auf Krieg) zurück, sondern beteiligt sich aktiv, zumindest indirekt, auch am militärischen Teil des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus unter Führung der USA.

Am Morgen nach den Anschlägen beschrieb der japanische Premierminister Koizumi Junichirô die Angriffe als „a serious threat to democracy all around the world"[42] und versprach den USA Unterstützung bei möglichen amerikanischen Gegenschlägen: „We cannot sit idly by and ignore terrorism. Japan supports the uncompromising attitude of the U.S. against terrorism."[43] Der Kabinettsekretär Fukuda Yasuo verkündete: „As an ally, Japan will go to the fullest possible extent permitted by the Constitution should the United States launch a retaliatory strike. We must do everything possible to maintain world peace."[44]

Zwar zeigte die Vorsitzende der Oppositionspartei Social Democratic Party, Doi Takako, sich besorgt über die Bemerkung des Premierministers, er werde jede Aktion der USA zur Vergeltung der Terrorattacken unterstützen, es wurde aber selbst vom Großteil der Opposition nicht in Frage gestellt, dass Japan definitiv auf Seiten der USA stehen und mehr tun müsse als nur die Angriffe zu verurteilen.

Die terroristischen Angriffe auf die USA bewirkten in Japan, das ein enges (wenngleich einseitiges) Militärbündnis mit den USA unterhält, einen als historisch anzusehenden Wandel in der Sicherheitspolitik.

Als Reaktion auf das Ende des Kalten Krieges (und der starken internationalen Kritik an Japans Reaktion auf den Golfkrieg 1991, bei dem es zwar 13 Milliarden US-$ für die von den USA geführten Militärschläge bereitstellte, Minensuchboote aber erst nach Ende der Kampfaktivitäten entsandte) hat Japan beständig seine Sicherheitspolitik und das Sicherheitsbündnis mit den USA redefiniert und ausgebaut: 1992 wurde ein Gesetz verabschiedet, durch das Mitglieder der Self Defense Forces (SDF) mit starken Einschränkungen an UN-Peacekeeping Operations teilnehmen dürfen; 1993 erfolgte der erste Einsatz in Cambodia. Im November 1995 wurde das japanische *National Defense Program Outline* revidiert. Im April 1996 wurde die *U.S.-Japan Joint Security Declaration* verkündet; die darauf basierenden, im September 1997 von Japan und den USA angenommenen und Ende 1999 von Japan verabschiedeten ‚new guidelines' besagen, dass Japan die USA logistisch unterstützen darf „in situations in areas surrounding Japan that will have an important influence on Japan's peace and security".

[42] Mainichi Interactive, 12.09.2001.
[43] Nikkei Net Interactive, 13.09.2001.
[44] Mainichi Interactive, 13.09.2001.

An Artikel 9 der japanischen Verfassung (Verzicht auf Krieg als Mittel der Politik) und der Interpretation, dass *collective defense arrangements* nicht verfassungskonform sind, hielt Japan zwar fest, die SDF sind aber dank eines hohen Verteidigungsbudgets ein modernes Militär, wenngleich beschränkt auf defensive Ausrüstungen.

Die bis zu den Terroranschlägen bestehenden Gesetze erlaubten es den japanischen SDF nicht, US-Militärschläge zu unterstützen (und sei es nur logistisch), da eine mögliche Teilnahme der SDF an US-Militäraktionen auf Fälle beschränkt war, in denen die Sicherheit Japans oder die Sicherheit von Nachbarregionen gefährdet ist.

Die Anschläge in den USA lösten unter hochrangigen japanischen Politikern schon bald eine heftige Debatte aus, ob die japanische Verfassung so geändert werden sollte, dass Japan auch militärische Hilfe anbieten könne. Selbst in der aus drei Parteien bestehenden Regierungskoalition gab es aber keine einheitliche Meinung zu dieser Frage. Während der Generalsekretär der stärksten Regierungspartei LDP, Yamasaki Taku, betonte, die Verfassung verhindere die Teilnahme Japans z.B. an einer Vergeltung der NATO und solle so revidiert werden, dass Japan an *collective self-defense arrangements* teilnehmen könne, verlangten andere Stimmen eine besonnenere Reaktion. Der frühere LDP-Generalsekretär Nonaka Hiromu sagte: „I don`t want people running this country to press ahead with dangerous policies under the illusion that politicians will be able to do anything during a crisis." Wenn dies getan werde, wäre Japan wieder auf demselben „foolish path", den es zum 2. Weltkrieg hin genommen hätte: „There is a difference between Japan backing the United States` activities and it aiding them (militarily). We must conform to the Constitution and various laws, and from now on make clear what Japan can do and what it can`t. That is crisis management."[45]

Die 1947 verabschiedete japanische Verfassung ist in den mehr als fünfzig Jahren ihres Bestehens bislang noch nicht revidiert worden. Die Bestimmungen für eine Revision sind recht aufwendig: Neben einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Ober- sowie im Unterhaus ist eine Mehrheit in einem nationalen Referendum nötig. Eine Revision der japanischen Verfassung, so dass die SDF an Anti-Terrorismus-Militäraktionen der USA teilnehmen können, wäre erstens zu zeitintensiv gewesen, und zweitens nach Ansicht der meisten Regierungspolitiker auch gar nicht nötig für eine nur logistische Unterstützung der US-Gegenschläge. Daher wurde beraten, ein Sondergesetz zu verabschieden, dass es den SDF erlauben würde, Anti-Terrorismus-Militäraktionen der USA oder multinationaler Truppen logistisch zu unterstützen.

Am 17. September begannen Regierung und regierende Parteien Diskussionen, wie Japan die USA bei Gegenschlägen gegen die Verantwortlichen der Terrorangriffe unterstützen könne. Die Rechtfertigung solcher Vergeltungsschläge wurde von den Regierungsparteien kaum angezweifelt; es schien selbstverständlich zu sein, dass Japan, als enger Verbündeter, die USA unterstützen wird. Neben einem neuen Gesetz, durch das Japan den USA in Bereichen wie Transport von Versorgungsgütern und Bereitstellung medizinischer Hilfe helfen könnte, wurden auch finanzielle Hilfen für die US-Gegenschläge und Hilfe für die in Pakistan zu erwartenden Flüchtlinge aus Afghanistan diskutiert.

Premierminister Koizumi führte die hastigen Anstrengungen der japanischen Regierung, um herauszufinden, was Japan als Unterstützung der US-Gegenschläge anbieten könne, an. Koizumis erste Reaktion auf die Terroranschläge wurde als unzureichend kritisiert. Die Tatsache, dass zahlreiche europäische Regierungsoberhäupter in den Tagen nach den Angriffen die USA besuchten, um ihre Kooperation zu bestätigen, ein solcher Besuch Koizumis aber noch nicht erfolgt war, erhöhte den Anschein von Dringlichkeit. Eine Quelle nahe des

[45] Mainichi Interactive, 14.09.2001.

Premierministers warnte: „Unless Japan quickly demonstrates how it plans to support the U.S., our security alliance with the U.S. itself will be questioned."[46]

Koizumi entschied, dass es zu zeitraubend sei, das Außenministerium und die Verteidigungsbehörde mit dem Ausarbeiten der Pläne zu beauftragen. Daher wurden der Generalsekretär der stärksten Regierungspartei LDP, Yamasaki Taku, und der Kabinettsekretär Fukuda Yasuo beauftragt, Details auszuarbeiten. Dies war nicht das erste Mal, dass das Außenministerium keine große Rolle spielte: Außenministerin Tanaka Makiko wird, sowohl aufgrund ihrer Persönlichkeit, ihrem exzentrischen Verhalten, ihren Versuchen, das Ministerium zu reformieren, als auch wegen diverser diplomatischer Mißgeschicke, von den Beamten des Außenministeriums und vielen Politikern abgelehnt und aus der Politik ‚ferngehalten'. Tanaka spielte somit nahezu keine Rolle im japanischen Entscheidungsprozess für die Antwort auf die Terroranschläge in den USA.

Ein Grund für die hastige Reaktion Japans war der Wunsch, Kritik von der internationalen Gemeinschaft, wie sie nach dem Golfkrieg laut geworden war, als Japan zwar 13 Milliarden US-$ bereitstellte, aber kein Personal entsandte, zu vermeiden. Erinnerungen an die damals als ‚Scheckbuch-Diplomatie' kritisierte Reaktion Japans hatten ein großes Gewicht in der Diskussion unter japanischen Politikern. Die japanische Regierung war sich bewusst, dass Japan diesmal Personal zur nicht-kämpferischen Unterstützung entsenden müsse, um internationale Kritik zu vermeiden. Man ist sich bewusst, dass man vor zehn Jahren die Erwartungen der Verbündeten enttäuscht hatte, und dass ein ähnliches Verhalten heute einen herben Schlag für das Bündnis mit den USA darstellen würde. Die Diskussion konzentrierte sich daher direkt auf die Schaffung eines neuen Gesetzes für eine Unterstützung der US-Gegenschläge. Die Möglichkeit, dass Japan sich, wie bislang, auf nicht-militärische Reaktionen beschränkt, wurde von der Regierungskoalition und auch von einem Teil der Opposition nicht als realistische Handlungsalternative angesehen. Der frühere Premierminister Nakasone kritisierte die Reaktion der japanischen Regierung: „The current leadership is so afraid of being blamed again for tardy action - which was the case during the Persian Gulf War - that it can only think of putting together a first-aid package (of counterterrorist measures) in a hurry. Any globally-minded politician worth his salt should be exploring measures that would please the Arab world and bring honor to Japan at the same time."[47] Auf die Kritik der Vorsitzenden der Social Democratic Party, Doi Takako, Japan solle an keiner Art von Krieg teilnehmen, entgegnete Koizumi: „If we say ‚No, we can't do this and that' at a time when everyone is gearing up to crush terrorism, Japan will never get respect among the international community. Japan will be internationally isolated if we don't do what we should do. If that happens, there will be no peace and prosperity for the future of Japan."[48] Ein hochrangiger LDP-Politiker gab zu Bedenken: „We have to do more than just offer faceless support like we did during the Gulf War. We can't just provide money and pretend we've done our part."[49]

Am 19. September verkündete Koizumi einen 7-Punkte-Plan der japanischen Regierung, der die Rolle Japans in den US-Militäraktionen beschreibt. Erwähnt werden: stärkere Sicherheit an US-Militärbasen in Japan; Entsendung von Schiffen der SDF zum *intelligence gathering*; stärkere internationale Kooperation bei Immigrationsfragen; Wirtschaftshilfe für Indien und Pakistan; Schutz von Flüchtlingen durch die SDF; Kooperation mit anderen Staaten um ein Zusammenbrechen der Weltwirtschaft zu vermeiden. Der wichtigste bzw. folgenreichste Punkt ist, notwendige Schritte zu unternehmen, damit die SDF zur logistischen Unterstützung der USA

[46] Nikkei Net Interactive, 20.09.2001.
[47] Asahi.com, 31.10.2001.
[48] Mainichi Interactive, 02.10.2001.
[49] Nikkei Net Interactive, 18.09.2001.

entsandt werden können.[50] U.S. Deputy Secretary of State Richard Armitage, ein Befürworter eines erweiterten Verteidigungsbündnisses zwischen Japan und den USA, drängte Japan zu handeln: Er wolle die japanische Flagge unter den Verbündeten sehen.

Am 25. September traf Koizumi bei einem kurzen USA-Besuch mit Präsident Bush zusammen und versicherte ihn der Unterstützung und Kooperation Japans beim Kampf gegen den Terrorismus. Koizumi zitierte das Sprichwort „A friend in need is a friend indeed" und informierte die amerikanische Seite über den Gesetzesvorschlag, der es den SDF erlauben werde, die US-Gegenschläge logistisch zu unterstützen.

Ende September hatte die Regierungskoalition sich auf die Details des neuen Gesetzesvorschlages geeinigt. Die Frage nach der Verfassungskonformität des neuen Gesetzes wurde umgangen, indem die Regierung argumentierte, die Präambel der Verfassung betone internationale Kooperation. Premierminister Koizumi forderte, „theologische Debatten" sollten vermieden werden, Entscheidungen sollten auf „common sense" basieren.[51] Koizumi betonte, eine Entsendung der SDF sei verfassungskonform: „As long as the SDF members do not go on the offensive, their deployment overseas remains constitutional."[52]

Nach den ersten US-Schlägen auf Afghanistan erklärte die japanische Regierung ihre Unterstützung dieser Aktionen. Ein Teil der Oppositionsparteien sprach sich ebenfalls dafür aus. Nachdem die US-Gegenschläge auf Afghanistan begonnen hatten, versuchte die Regierungskoalition, den Gesetzesvorschlag schnell durch das Parlament zu bringen. Die japanische Regierung drängte zur Eile; man befürchtete, dass Japan sich nicht mehr an den US-Militäraktionen beteiligen könne, wenn die dafür notwendigen gesetzlichen Vorbereitungen nicht schnell erfolgten. Dies löste heftigen Widerstand der stärksten Oppositionspartei, der *Democratic Party of Japan*, aus, die eine angemessene Zeitspanne zur Diskussion forderte. Die Regierungskoalition versuchte, die Zustimmung der Democratic Party zu erhalten, um den Gesetzesvorschlag schnell verabschieden zu können. Zwischen Regierungskoalition und Democratic Party wurden heftige Verhandlungen geführt. Die Democratic Party war prinzipiell für eine logistische Unterstützung der US-Gegenschläge, verlangte aber einige Änderungen des von der Regierungskoalition eingebrachten Gesetzesvorschlages. So sah der Gesetzesvorschlag vor, dass der Premierminister dem Parlament nur die Entscheidungen über eine Entsendung der SDF mitteilen muss; die Opposition verlangte dagegen, dass in Anbetracht der zivilen Kontrolle der SDF Entsendungen nur erfolgen dürfen, wenn das Parlament vorher zugestimmt hat. Premierminister Koizumi argumentierte, eine Zustimmung und Konsultation des Parlamentes sei nicht notwendig, da dies zu viel Zeit beanspruchen würde, und das Gesetz deutlich die Unterstützung der US-Gegenschläge zum Zweck habe. Desweiteren forderte die Opposition, jeglichen Transport von Waffen und Munition zu verbieten. Dies wurde von Koizumi als undurchführbar abgelehnt, da dann jedes zu transportierende Paket untersucht werden müsste. Die Regierungskoalition entschied sich dann aber, den Gesetzesvorschlag insofern zu revidieren, dass innerhalb von 20 Tagen nach Entsendung der SDF die Zustimmung des Parlaments eingeholt werden muss, sowie dass Landtransporte von Waffen und Munition im Ausland verboten sind.[53]

Das Gesetz, über das bitter gestritten wurde, wurde durch die Mehrheit der Regierungskoalition nach nur dreiwöchigen Beratungen am 18. Oktober vom Unterhaus und am 29. Oktober vom Oberhaus zusammen mit zwei anderen Gesetzen verabschiedet. Die Oppositionsparteien, auch

[50] Foreign Press Center Japan-Homepage: Japanese Government's Response to Terrorist Attacks in the United States, 28.09.2001.
[51] Mainichi Interactive, 31.10.2001.
[52] Mainichi Interactive, 02.10.2001.
[53] Asahi.com, 13.10.2001; Mainichi Interactive, 10.10.2001.

die Democratic Party, die bei den von ihr geforderten Änderungen nicht zu Kompromissen bereit war, stimmten dagegen.

Sicherheitsthemen galten in Japan meist als Garant für harte Parlamentsdebatten auf abstraktem Niveau, bei denen die Opposition mit allen – für Außenstehende recht amüsanten – Mitteln versuchte, die Abstimmungen zu verzögern. In den Debatten über das neue Gesetz geschah nichts dergleichen. Die Debatte schien sich nun statt auf die bisherige abstrakte Rhetorik auf eine gewisse Praktikabilität zu konzentrieren. Auch die größte Oppositionspartei war sich bewußt, dass Japan keine andere Möglichkeit blieb, als die US-Gegenschläge zu unterstützen. Das neue Gesetz war aber nicht nur zwischen Regierung und Opposition ein Streitpunkt, auch innerhalb der Regierungskoalition selbst zeigte sich Uneinigkeit: Obwohl alle drei Regierungsparteien das neue Gesetz unterstützt haben, gab es dennoch unterschiedliche Ansichten. Streitpunkt war die Frage, ob Japan auch dann die US-Militärschläge logistisch unterstützen dürfe, wenn die UN diese nicht ausdrücklich billigt. Die Notwendigkeit einer UN-Resolution wurde von der Mehrheit der Regierungskoalition abgelehnt, da es Japan ohne solch eine Resolution unmöglich wäre, aktiv zu werden. Darüber hinaus wurde argumentiert, dass die UN bereits die Terrorangriffe auf die USA verurteilt und zum Kampf gegen den Terrorismus aufgerufen habe, so dass eine weitere UN-Resolution nicht erforderlich sei.[54]

Durch das neue Gesetz dürfen SDF-Kräfte entsandt werden, um den Kampf der USA gegen den Terrorismus logistisch zu unterstützen – unabhängig von einer Zustimmung der UN für die US-Militäraktionen. Dies ist ein historischer Wendepunkt in der japanischen Sicherheitspolitik, da zum ersten Mal japanische Kräfte ausländische Truppen im Kampfeinsatz unterstützen. Unter dem neuen Gesetz beinhaltet logistische Unterstützung neben der Übernahme von Transporten und der Belieferung mit Materialien auch medizinische Versorgung, Reparaturen und Instandsetzungen, Telekommunikation, Flughafen- und Hafenoperationen. Das Gesetz sieht daneben auch Such- und Rettungsoperationen für US-Militärkräfte und Hilfe für afghanische Flüchtlinge vor. Nicht erlaubt sind dagegen die Belieferung des US-Militärs mit japanischen Waffen und Munition sowie der Landtransport von Waffen und Munition im Ausland.

Das Sondergesetz ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Die Regierung muss innerhalb von 20 Tagen nach Entsendung der SDF eine nachträgliche Zustimmung des Parlamentes einholen. Japanische Truppen nehmen nicht an Militäraktionen teil, sie dürfen im Ausland nur operieren, wenn das betreffende Land dies billigt und es nicht in einer Kampfzone liegt. Durch eine zeitgleich verabschiedete Ergänzung des japanischen PKO-Gesetzes dürfen SDF-Mitglieder ihre Waffen benutzen, nicht nur um, wie bisher, sich selbst zu verteidigen, sondern auch zur Verteidigung von unter ihrer Obhut stehenden Flüchtlingen. Daneben wurde noch ein Gesetz verabschiedet, dass es den SDF erlaubt, US-Militärbasen in Japan zu bewachen.

Nach Verabschiedung der Gesetze wurde ein hochrangiges Koordinationskommittee von japanischer und amerikanischer Seite gegründet, um Details für die SDF-Entsendung auszuarbeiten. entsendet werden. Es ist geplant, unter dem neuen Gesetz etwa 1.600 Soldaten, 7 Schiffe zum *intelligence gathering* und für Transporte sowie 8 Flugzeuge hauptsächlich für Transportzwecke zu entsenden. Am 9. November 2001 verließen 3 Schiffe der SDF mit zusammen 700 Mann Besatzung ihren japanischen Heimathafen, um auf dem Weg über Diego Garcia und Karachi in den Indischen Ozean im Rahmen von Aktivitäten zum *intelligence gathering* Routen für später zu entsendende SDF-Schiffe auszukundschaften. Dies stellt, abgesehen von internationalen Trainingsmissionen, den ersten Einsatz von japanischen Zerstörern im Ausland dar. Noch am selben Tag entschied die Regierungskoalition, dass Ende November ein mit hochwertigem Radar-Überwachungssystem und Abfangraketen ausgestatteter

[54] Nikkei Net Interactive, 19.09.2001.

Aegis-Zerstörer entsandt werde. In der stärksten Regierungspartei LDP wurde kritisiert, dass solch ein High-tech-Schiff für eine rein logistische Unterstützung nicht benötigt werde; die Regierungskoalition argumentierte, die Überwachungsqualitäten eines Aegis-Zerstörers seien notwendig, um die entsandten SDF-Truppen zu schützen. Eine Woche später änderte die Regierung jedoch ihre Absicht: Man entschied sich gegen die Entsendung eines Aegis-Zerstörers, nachdem in der LDP hochrangige Politiker zu Bedenken gaben, solch eine Entsendung könnte in Japan als nicht verfassungskonform geltender *collective defense act* interpretiert werden. Vertreter des Außenministeriums und der Verteidigungsbehörde zeigten sich enttäuscht: Die plötzliche Kehrtwende in dieser Frage habe einen Fleck auf der Militärallianz mit den USA hinterlassen.[55]

Am 25. November 2001 verließen 3 weitere Schiffe der SDF mit etwa 460 Mann Besatzung ihre japanischen Heimathäfen, um das US-Militär logistisch zu unterstützen. Dies ist das erste Mal, dass die SDF ausländisches Militär in Kriegszeiten auf See direkt unterstützt. Zwei der Schiffe werden US-Schiffe in der Nähe von Diego Garcia auftanken helfen, während das andere Schiff Hilfsmittel für afghanische Flüchtlinge transportiert.[56] Seit Ende November transportieren die Air Self-Defense Forces im Rahmen der logistischen Unterstützung für die USA Material zwischen US-Militäreinrichtungen in Japan. Wenige Tage später begannen die Air Self-Defense Forces auch Materialien von Japan zu den US-Militärbasen im Pazifischen und Indischen Ozean zu transportieren.[57]

In Anbetracht einer möglichen Erweiterung des US-Kampfes gegen den Terrorismus über Afghanistan hinaus auf andere Länder, hat die japanische Regierung drei Bedingungen für die weitere Unterstützung der USA festgelegt: Die neuen Kämpfe müssen direkt mit den Angriffen vom 11. September zusammenhängen; die Militärangriffe müssen darauf ausgerichtet sein, den Terrorismus auszulöschen; die Aktionen müssen dazu beitragen, die Ziele der UN-Charter zu erreichen. Japan fordert, von den USA vor einem Ausweiten der Kämpfe über Afghanistan hinaus informiert zu werden.[58]

Um eine aktive Beteiligung Japans an den US-Militärschlägen erreichen zu können, musste die japanische Regierung nicht nur auf die innenpolitische Diskussion, sondern auch auf die Bedenken asiatischer Nachbarstaaten eingehen. Vor allem China und Südkorea warnen regelmäßig vor einer Remilitarisierung Japans. Die japanische Regierung organisierte hastig Treffen mit dem chinesischen und dem südkoreanischen Präsidenten. China hatte vorher mehrere Bitten um ein Treffen abgelehnt; erst durch die internationale Kampagne gegen den Terrorismus kam ein Treffen zustande. Am 8. Oktober traf Koizumi mit Jiang Zemin in Beijing und am 15. Oktober mit Kim Dae-jung in Seoul zu Gesprächen über die Entsendung japanischer SDF zur logistischen Unterstützung der US-Gegenschläge zusammen. Die Beziehungen zu beiden Staaten waren in den letzten Monaten in eine Krise geraten, u.a. als Japan ein kontroverses Geschichtsbuch, in dem Japans Taten im zweiten Weltkrieg verharmlost werden, als offizielles Schulbuch akzeptierte, und als Koizumi den Yasukuni-Schrein in Tokyo besuchte, an dem der japanischen Kriegstoten, u.a. auch als Kriegsverbrecher verurteilter und hingerichteter hochrangiger Militärs, gedacht wird. In den Gesprächen erklärte Koizumi, dass die Aktivitäten der SDF auf logistische Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge beschränkt seien. Nach den Blitzbesuchen in China und Südkorea betonte Koizumi, er habe das Verständnis dieser beiden Staaten zu einer Entsendung der SDF zur Unterstützung der US-Gegenschläge erhalten.[59]

[55] Mainichi Interactive, 08., 09., 16.11.2001.
[56] Mainichi Interactive, 25.11.2001.
[57] Mainichi Interactive, 29.11., 03.12.2001.
[58] Daily Yomiuri Online, 12.12.2001.
[59] Mainichi Interactive, 08.10.2001.

Nach dem ASEAN *Summit* Anfang November verkündete Koizumi, auch die ASEAN-Staaten würden die SDF-Entsendung zur Unterstützung des amerikanischen Kampfes gegen den Terrorismus unterstützen. Bei dem *Summit* einigten sich Japan, China, Südkorea und die ASEAN-Staaten, zur Vermeidung von Terrorismus zu kooperieren.[60] Die Reaktion Japans auf die Anschläge in den USA war aber eindeutig unilateral; es bleibt abzuwarten, ob die aus Japan, China, Südkorea und den ASEAN-Staaten bestehende Gruppe von Staaten mit recht unterschiedlichen Ansichten gerade auch beim Thema Terrorismus konstruktiv zusammen arbeiten wird.

Neben der logistischen Unterstützung der US-Militärschläge gegen Afghanistan engagiert sich die japanische Regierung auch im nicht-militärischen Bereich. Schon kurz nach den Anschlägen entsandte Japan den stellvertretenden Außenminister Sugiura Seiken zu Gesprächen nach Pakistan. Koizumi wandte sich in Briefen an die Regierungsoberhäupter von Saudi-Arabien, Iran, Ägypten und Qatar. Japan hat diplomatische Beziehungen zum Iran, und bot den USA an, bei diesem Kontakt eng mit den USA zu kooperieren.

Ende Oktober hatte Japan Wirtschaftssanktionen gegen Pakistan und Indien aufgehoben, die nach deren Atomtests 1998 verhängt wurden. Japan stellte umgerechnet etwa 40 Mio. US-$ für Pakistan bereit. Etwa ein Drittel der Summe ist für afghanische Flüchtlinge in Pakistan bestimmt, durch dieses Geld sollen internationale Organisationen und NGOs Hilfe leisten können. Etwa zwei Drittel der Summe sind als Budgethilfe für die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation Pakistans gedacht. Ziel dieser Gelder ist, neben dem humanitären Aspekt, auch die Unterstützung der pro-USA-Politik des pakistanischen Präsidenten. Mitte November wurden weitere 300 Millionen US-$ für Pakistan bereit gestellt.

Japanische SDF-Kräfte transportieren im Rahmen des PKO-Gesetzes Hilfsgüter für afghanische Flüchtlinge nach Pakistan. Der pakistanische Präsident Musharraf sagte bei einem Treffen mit den Generalsekretären der drei Regierungsparteien, dass er es begrüßen würde, wenn japanische SDF den nach Pakistan geflohenen Afghanen helfen würden. Er hob hervor, „Japanese troops are different from those of other countries."[61] Dies überraschte die japanische Regierung, denn man war davon ausgegangen, dass Pakistan jegliche fremden Truppen im Land ablehnen würde. Auf eine UN-Forderung hin transportieren SDF-Transportflugzeuge seit dem 6. Oktober 2001 Zelte, Decken, Planen und Trinkwasser für afghanische Flüchtlinge nach Pakistan. Dies war der erste Beitrag Japans zu den internationalen Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus. Deputy Secretary of State Richard Armitage hatte Japan aufgefordert, „Flagge zu zeigen". Dies wurde in Japan wörtlich verstanden: Flugzeuge aus dem Privatsektor wären besser für solche Transporte geeignet gewesen; die SDF-Flugzeuge müssen fünfmal zwischenlanden um aufzutanken. Die Regierung wollte angeblich aber ‚Flagge zeigen' und hat daher SDF-Flugzeuge mit dem Abbild der japanischen Flagge entsandt.[62]

Neben humanitärer Hilfe versucht die japanische Regierung auch, wie bei einem G7-Treffen Anfang Oktober betont wurde, mit anderen Staaten zu kooperieren, um den Finanzfluß an Terroristen zu unterbrechen. Im Oktober entschloß sich die japanische Regierung, zwei UN-Konventionen zu ratifizieren bzw. zu unterschreiben: Die *convention for suppressing terrorist bombings* hatte Japan bereits 1998 unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert; die Ende 1999 von der UN-Generalversammlung angenommene *Convention on the Suppression of the Financing of Terrorism* wurde damals von Japan, als dem einzigen G7-Staat, nicht unterschrieben. Japan sieht sich allerdings bei der Realisierung der *Convention for the Suppression of the Financing of Terrorism* mit einigen Problemen konfrontiert. So definiert die Konvention das Übergeben von

[60] Mainichi Interactive, 06.11.2001.
[61] Mainichi Interactive, 04.11.2001.
[62] Mainichi Interactive 06.12.2001.

Geldern an Terroristen als Verbrechen – Japan hat aber bislang noch nicht definiert, was ein Terrorist ist. Trotz eigener Erfahrungen mit Terrorismus, wie Anschlägen der Japanischen Roten Armee oder dem Sarin-Anschlag auf die Tokyoter U-Bahn 1995 durch die Aum Shinrikyo Sekte, hat Japan noch keine Organisation offiziell als terroristische Gruppe bezeichnet. Bürokraten geben zu Bedenken, es sei eine Sache, Terrorismus zu bekämpfen, in dem man die SDF entsendet, aber eine ganz andere Sache, ‚Big-Brother'-ähnliche Aktivitäten durchzuführen, die von der Öffentlichkeit als Verletzung der Privatsphäre kritisiert werden könnten. Weder Politiker noch Bürokraten scheinen bei diesem Problem die Führung übernehmen zu wollen.[63]

Die frühere UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge, Ogata Sadako, wurde im November von Premierminister Koizumi als Sondergesandte für Afghanistan ernannt, um Japans Beiträge zu dem globalen Kampf gegen den Terrorismus formen zu helfen. Sie betonte die Bedeutung, die das derzeitige Verhalten Japans für dessen Zukunft habe und warnte vor einem Rückzug aus der internationalen Gesellschaft: „The Japanese public should realize that Japan`s national security will not be maintained unless it thinks about other nations. The same thing can be said for Japan`s economy. A solid recognition of the international foundation on which Japan`s very existence is based must be expressed in as many ways as possible and Afghanistan will be an excellent opportunity for that expression."[64]

Japan, das sich schon vor den Terrorangriffen bei friedensschaffenden Maßnahmen in Afghanistan engagierte, versprach Präsident Bush Hilfe bei der Schaffung politischer Stabilität und wirtschaftlicher Erholung in Afghanistan nach dem Fall der Taliban. Mitte Oktober entschied sich die japanische Regierung, nach dem Ende der US-Gegenschläge eine Konferenz zum Wiederaufbau Afghanistans in Tokyo abzuhalten und nahm dafür Kontakt zu anderen Ländern auf. Japan unternahm diesen Schritt, da islamische Nationen einer Führung der USA oder Großbritanniens beim Wiederaufbau Afghanistans nicht zustimmen würden. Bei der UN-Vollversammlung verkündete der frühere Premierminister Miyazawa Kiichi (der für die Außenministerin Tanaka Makiko eingesprungen war, die von Regierungs- und Oppositionsparteien mit fadenscheinigen Argumenten von dem UN-Treffen ferngehalten wurde) zum ersten Mal öffentlich die Bereitschaft Tokyos, eine solche Konferenz durchzuführen. An der Konferenz unter dem Vorsitz von U.S. Secretary of State Colin Powell und der früheren UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge und derzeitigen Sonderbeauftragten für Afghanistan der japanischen Regierung Ogata Sadako, sollen neben Vertretern der afghanischen Nachbarstaaten auch die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates teilnehmen.[65] Außerdem versucht das Außenministerium, zusätzliche Zahlungen als *Official Development Assistance* (ODA) für den Wiederaufbau Afghanistans bereit zu stellen. Dafür ist allerdings die Zustimmung des Finanzministeriums notwendig, die in Anbetracht der Regierungspläne, das ODA-Budget für 2002 wegen der japanischen Finanzprobleme zum ersten Mal seit zehn Jahren um mehr als 10% zu reduzieren, unwahrscheinlich erscheint.[66]

Im Gegensatz zur bisherigen Außenpolitik ist nun in der japanischen Politik gegenüber Afghanistan eine starke Kooperation der japanischen Regierung mit NGOs sichtbar, auch wenn einige Gruppen in der Regierung diese Kooperation kritisieren. Mitte Dezember fand eine dreitägige *Afghanistan reconstruction conference* in Tokyo statt, die Vertreter von 27 Gruppen aus Afghanistan mit japanischen NGOs und japanischen Regierungsbürokraten zusammenbrachte. Bei dieser Konferenz forderten die NGOs ein langfristiges, nachhaltiges Bekenntnis zum Wiederaufbau Afghanistans. Gastgeber der Konferenz war *Japan Platform*, eine vom japanischen Außenministerium und der Wirtschaft gegründete Gruppe zur Unterstützung

[63] Asahi.com, 01.11.2001.
[64] Asahi.com, 14.12.2001.
[65] Mainichi Interactive 12.11.2001.
[66] Asahi.com, 17.12.2001.

japanischer NGOs. *Japan Platform* verteilt das Geld, das es durch eine Stiftung erhält, an andere NGOs. Ende November reiste ein Vertreter von *Japan Platform* nach Kabul und traf dort mit dem Außenminister der Nordallianz, dem Bürgermeister von Kabul und Mitarbeitern von internationalen Organisationen zusammen. Zwar möchten japanische NGOs eine große Rolle im Wiederaufbauprozeß Afghanistans spielen, die meisten verfügen aber nicht über die dafür notwendigen Finanzmittel. *Japan Platform* erwartete, dass das japanische Außenministerium die Reisekosten für die Vertreter der afghanischen NGOs übernimmt. Nachdem sich ein Außenpolitik-Kommittee der LDP aber beschwerte, dass die Wiederaufbauaktivitäten statt von NGOs von Diplomaten angeführt werden sollten, sah sich das Außenministerium gezwungen, von diesem Angebot Abstand zu nehmen.[67]

Japanische Bürokraten versuchen ebenfalls Verbindungen zu afghanischen NGOs aufzubauen, um, in Vorbereitung einer internationalen Konferenz auf Ministerienebene, die für Mitte Januar in Tokyo geplant ist, Einblicke zu erhalten, wie Afghanistan geholfen werden kann. Ein Mitarbeiter von *Japan Platform* betonte, dass man erwarte zu dieser Konferenz eingeladen zu werden: NGOs wollten das Schicksal Afghanistans nicht nur von Politikern entscheiden lassen.[68]

Der neue Fokus der japanischen Außenpolitik auf NGOs dürfte allerdings damit zusammenhängen, dass die SDF zwar Hilfsgüter in die Region transportieren, diese dort aber nicht selbst verteilen können, da SDF nicht in Afghanistan stationiert sind. Dies wäre nach dem neuen Gesetz erst nach Beendigung der Kämpfe und nach Zustimmung der neuen Regierung Afghanistans möglich; ausländische NGOs sind dagegen schon wieder in Afghanistan aktiv. Die japanische Außenpolitik gegenüber Afghanistan ist also zu einem gewissen Teil auf dort tätige NGOs angewiesen, da das japanische Militär derzeit in Afghanistan auch für humanitäre Zwecke nicht aktiv werden darf. Auch die anfangs geplante Entsendung von SDF-Kräften zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge in Pakistan wurde von der japanischen Regierung wegen Sicherheitsbedenken aufgegeben.

Japan hat internationalen Terrorismus bislang eher auf die leichte Schulter genommen, was sich auch daran zeigte, dass die Ratifizierung diesbezüglicher UN-Resolutionen nicht als dringlich angesehen wurde. Aufgrund eines ‚Inselbewußtseins' fühlte man sich vom Terrorismus trotz Anschlägen der Japanischen Roten Armee und der Aum Shinrikyo Sekte kaum betroffen. Japanische Geheimdienste sind bekannt für ihr mangelndes Wissen, ein enges *intelligence network* fehlt. Nach den Terrorangriffen auf die USA informierten amerikanische und europäische Sicherheitsdienste die japanische Polizei, dass mehr als 18 radikale islamische Fundamentalisten eventuell vor den Anschlägen nach Japan eingereist sind. Es wird vermutet, dass Al Qaida auch Beziehungen nach Japan hat. Nach einer Untersuchung der Einreiseaufzeichnungen bestätigte die japanische Seite, einer der 18 Fundamentalisten sei vor den Anschlägen nach Japan ein-, mittlerweile aber auch wieder ausgereist.[69]

Anfang Oktober untersuchte die japanische Polizei die Unterkünfte von in Japan ansässigen Afghanen und nahm 11 Afghanen in Gewahrsam, die versteckt auf Schiffen oder mit falschen Reisepässen nach Japan eingereist sein sollen. Die japanische Polizei geht davon aus, dass sie illegal in Japan arbeiten, und begann die Ausweisungen vorzubereiten. Die plötzlichen Aktionen gegen sich illegal im Lande befindliche Ausländer muslimischer Länder lassen sich darauf zurückführen, dass die japanische Regierung nach den Terroranschlägen in den USA der japanischen Polizei eine härtere Haltung gegenüber Verdächtigen befohlen haben soll: „From

[67] Asahi.com, 14.12.2001.
[68] Asahi.com, 14.12.2001.
[69] Mainichi Interactive 04.10.2001.

now on we`ll continue to look closely at anybody we believe may have links to terrorist organizations and we`ll do what we can to arrest them."[70]

Nach der Verurteilung der Terroranschläge auf die USA folgten Taten. Japan wurde durch die Ereignisse vom 11. September 2001 gezwungen, eine größere Verantwortung als bisher in einem internationalen Konflikt zu übernehmen. Dies bedeutet nicht, dass Japan die bisherige Interpretation von Artikel 9 der Verfassung aufgibt. Das neue Gesetz läßt sich vielmehr als unvermeidliche Reaktion Japans auf die Ereignisse in den USA sehen, es steht somit in einer Reihe mit den seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Golfkrieg in Japan erfolgten Anpassungen der Sicherheitspolitik an neue Realitäten.

Reaktionen außerhalb der Politik

Die Reaktion der japanischen Bevölkerung auf die Terroranschläge in den USA stellte sich ähnlich dar wie in ebenfalls eng mit den USA verbundenen westeuropäischen Staaten: Vor der US-Botschaft in Tokyo wurden Blumen niedergelegt, es gab Gedenkveranstaltungen.

Ein Verfassungswissenschaftler, der sich in einer Bürgerbewegung gegen eine Revision der japanischen Verfassung engagiert, kritisiert in einem Interview, das die Autorin im Oktober 2001 in Japan geführt hat, die Situation nach den Anschlägen: „Derzeit gibt es nur die Alternative, sich entweder zu den USA zu gesellen oder zu den Terroristen. Ich war im September in Frankreich. In der *Le Monde* vom 13. September stand ein Artikel, in dem es hieß ‚Wir sind alle Amerikaner'. Das fand ich sehr merkwürdig." Sowohl Regierung als auch Gesellschaft stellten sich jedoch fest auf die Seite der USA. Zwar wurde in Mailinglisten auch die Meinung vertreten, die bisherige US-Politik gegenüber islamischen Staaten hätte die Anschläge in gewissem Sinne hervorgerufen, dies dürfte aber die Meinung einer Minderheit sein.

Während Premierminister Koizumi am Tag nach den Anschlägen in den USA seine starke Unterstützung möglicher US-Vergeltungsschläge zum Ausdruck brachte, blieb die öffentliche Meinung geteilt über die Frage, wie Japan reagieren soll. Zwar unterstützten Ende September 62% der Befragten die japanische Unterstützung des amerikanischen Kampfes gegen den Terrorismus, die Meinungen über das neue Gesetz, durch das die japanischen SDF das US-Militär logistisch unterstützen dürfen, gingen jedoch auseinander: 46% sprachen sich gegen diese Pläne der Regierung aus, 42% befürworteten eine solche Entsendung der SDF.[71] Der Deputy Political Editor einer großen Tageszeitung, mit dem die Autorin im Oktober in Japan sprach, bestätigte, es gäbe keinen Konsens in der Bevölkerung, wie die SDF genutzt werden sollen; die Mehrheit wolle dieses Thema nicht ‚anfassen'. Die Bejahung einer Entsendung der SDF zur logistischen Unterstützung der US-Gegenschläge könnte sich allerdings schnell ins Gegenteil umkehren: Eine Umfrage ergab, dass 53% der Befragten sich dafür aussprachen, die entsandten SDF zurückzubeordern, falls ein SDF-Mitglied getötet oder schwer verletzt wird.[72]

In den genannten Interviews beklagten Vertreter von zwei Bewegungen gegen eine Revision der japanischen Verfassung, dass das Gesetz zur Entsendung der SDF der erste Schritt zu einer Revision der japanischen Verfassung und des Artikel 9 (Verzicht auf Krieg als Mittel der Politik) sei. Ein Verfassungswissenschaftler, der sich in solch einer Bewegung engagiert, erklärt den von ihm befürchteten Weg von einer Unterstützung der US-Militäraktionen zu einer Verfassungsrevision: „Die japanische Führung drängt zu einer Entsendung der SDF. Wenn dies

[70] Mainichi Interactive 03.10.2001.
[71] Asahi.com, 01.10.2001.
[72] Mainichi Interactive 19.11.2001.

einmal erfolgt ist, wird es beim zweiten Mal einfacher sein." „Der wichtigste Punkt bei einer möglichen Verfassungsrevision ist Artikel 9. Werden die SDF am Krieg teilnehmen oder nicht? Ich glaube, wenn sie teilnehmen und dann eine 'Gut, dass wir teilgenommen haben!'-Kampagne beginnt, ist eine Verfassungsrevision einfach." Für ihn muss man zwischen den bisherigen SDF-Einsätzen im Ausland im Rahmen von UN-PKO-Aktivitäten und der logistischen Unterstützung der US-Aktionen unterscheiden: „Das Militär wird nun wirklich entsandt. Bislang waren die SDF zwar auch schon im Ausland, in Mozambique, in Cambodia. Aber das war jeweils, nachdem der Krieg dort beendet war. Das kann man keine ‚Militäraktion' nennen. Diesmal werden die SDF aber Militäraktionen unternehmen, sie unterstützen US-Flugzeugträger bei Guam und Diego Garcia."

Diese Bürgerbewegungen gegen eine Revision der Verfassung veranstalteten Protestaktionen wie z.B. Demonstrationen vor dem Parlament, Symposien und Vorträge. Als die Regierungspläne, japanische SDF zur Unterstützung der US-Militäraktionen zu entsenden, bekannt wurden, gab es Demonstrationen; die Zahl der Teilnehmer war aber – wie bei den meisten Demonstrationen in Japan – mit ein paar Hundert Menschen sehr gering. Als die Regierungskoalition mit ihrer Mehrheit den Gesetzesvorschlag im Parlament verabschiedete, demonstrierten in der Nähe des Parlamentes etwa 500 Menschen mit Plakaten mit Aufschriften wie „War is not the answer" und „Don`t cooperate with the war".[73] An der Kitakyushu University wurde am 19. Oktober ein *Emergency Symposium* über das Thema „Terrorattacke und Vergeltungskrieg" abgehalten, bei dem verschiedene Vorträge gehalten wurden, u.a. über die Themen „Der Standpunkt des internationalen Rechts", „Wird das amerikanische Zeitalter weitergehen?", „Islam und Terrorismus", „Der Weg, den Japan gehen sollte", „Der Standpunkt der japanischen Verfassung". Am 3. November, einem Feiertag in Japan, wurden Veranstaltungen abgehalten, bei denen Verfassungswissenschaftler Vorträge hielten, wie z.B. „Die japanische Verfassung ist jetzt in Gefahr - Fragen über die japanische Reaktion auf die Terrorattacken in den USA" oder „Widerstand sowohl gegen Terrorismus als auch gegen Vergeltungskrieg. Wir erlauben die Kriegsteilnahme der SDF nicht. Widerstand gegen des Sondergesetz".

Anfang Oktober veröffentlichten japanische Verfassungswissenschaftler einen *urgent appeal*, in dem sie ihre Besorgnis über die US-Militäraktionen und die japanische Hilfe dazu ausdrücken. Die Wissenschaftler betonen, dass die Militäraktionen weitere Opfer, Flüchtlinge und Hungertote hervorrufen, und, anstatt das globale Terrornetzwerk zu zerstören, eher neue Anschläge auslösen werden. In dem *appeal* wird erstens kritisiert, dass ein Vergeltungskrieg internationales Recht verletze. Terroristische Attentate sollten als internationale Verbrechen bestraft werden. Zweitens wird gewarnt, dass das japanische Sondergesetz die SDF in den Krieg ziehen lasse. Zwar werden durch das Gesetz nur Kooperations- und Unterstützungsaktivitäten der SDF erlaubt, da Gewaltanwendung ohne diese Hilfe aber nicht möglich sei, sei die japanische Unterstützung ein essentieller Teil der Militäraktion und daher eine Teilnahme am Krieg. Dies bedeute eine Verletzung von Artikel 9 der japanischen Verfassung. Das neue Gesetz würde die Stärkung der friedlichen Beziehungen zu anderen ostasiatischen Staaten behindern. Drittens wird betont, dass internationale Kooperation und Hilfe basierend auf unbewaffnetem Pazifismus dringend notwendig seien, um die Ursachen der Terrorattentate, wie Armut und soziale Ungleichheit, auszulöschen. Bis zum 24. Oktober hatten 157 japanische Verfassungswissenschaftler diesen *appeal* unterzeichnet.[74]

Es gab eine rege Debatte in TV-Talkshows über die Frage, wie Japan auf die Terroranschläge in den USA reagieren sollte, sowie über eine mögliche Entsendung der SDF. Über jede Mobilisierung und Entsendung sowohl in Japan stationierter US-Einheiten als auch der

[73] Mainichi Interactive 18.10.2001.
[74] http://www.jca.apc.org/~kenpoweb/appeal.html

japanischen SDF sowie über den Stand der Beratungen über das Sondergesetz wurde ausführlichst im Fernsehen berichtet. Daneben nahm die aktuelle Situation in Afghanistan viel Platz in den Nachrichten ein. Auch gab es Sondersendungen über den Islam.

In den *editorials* großer Tageszeitungen gab es Kritik an der ‚uneingeschränkten' Unterstützung der US-Gegenschläge: Es wurde gefordert, erst einmal die Beweise für Bin Ladens Verantwortung abzuwarten. Es sei nicht klar, welche Ziele die USA durch militärische Gegenschläge erreichen wollten. Darüber hinaus wurde betont, es gäbe keine Garantie, dass die Vergeltungsschläge schnell beendet werden und nicht in einem Vietnam-ähnlichen Alptraum enden.

Die der Autorin bekannten *editorials* befürworteten größtenteils aber prinzipiell eine Entsendung der SDF zur logistischen Unterstützung der US-Gegenschläge, weisen jedoch oft auch darauf hin, dass der Kampf gegen den Terrorismus dadurch alleine nicht zu gewinnen sei, und Japan sich auch auf anderen Gebieten aktiv engagieren müsse. Der Deputy Political Editor einer großen Tageszeitung, mit dem die Autorin im Oktober in Japan sprach, bestätigte: „Unter den Kommentatoren der großen Tageszeitungen gibt es viele, die einer Entsendung der SDF zustimmen. Auch die linksliberale *Asahi Shinbun* denkt so."

In den Medien und auch in den von der Autorin in Japan geführten Interviews wurde oft darauf hingewiesen, dass Japan als eines der wenigen Industrieländer, das keine Geschichte der Konfrontation mit der islamischen Welt aufweise, eine Brücke zwischen dem Westen und islamischen Staaten sein könne. Nicht zuletzt wegen seiner Abhängigkeit von Erdölimporten ist Japan das einzige unter den großen Industrieländern, das eine pro-arabische Haltung und eine gewisse Distanz gegenüber Israel einnimmt. Als relativ neutraler Akteur in der Region könne Japan eine flexible Rolle spielen ohne von historischen Vorfällen und Interessen behindert zu werden. Japan sollte daher das Konzept einer neuen regionalen Ordnung entwickeln und mehr tun als nur Hilfsgelder zu verteilen. Professor Tanaka Akihiko von der University of Tokyo betont, Japan sollte seine Erfahrungen aus den PKO-Aktivitäten in Cambodia nutzen. Beim Errichten von unterstützenden *Frameworks* zum Wiederaufbau würden Japaner in lokalen Gegenden manchmal leichter akzeptiert als Amerikaner.[75]

In der Debatte über die angemessene Rolle Japans wurde gefordert, dass Japan, anstatt sich hauptsächlich mit Militäroperationen zu befassen, Schritte unternehmen sollte, um eine stete Rolle im langfristigen Kampf gegen den Terrorismus zu spielen. Japan müsse breitere Strategien mit diplomatischen Initiativen entwerfen, die zur Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus beitragen. In einem *opinion*-Artikel untersuchte Funabashi Yôichi die Rolle, die Japan in der amerikanischen ‚Rumsfeld-Doktrin' spielen könne. Er betont, dass Terrorismus von verschiedenen Seiten aus angegangen werden müsse, neben militärischer Gewalt seien auch Informationsaustausch, Diplomatie, Überprüfung finanzieller Transaktionen, engere Immigrations- und Drogenkontrollen sowie Wirtschafts- und Umwelthilfe notwendig. Es gäbe daher neben einem militärischen Beitrag unzählige Aktivitäten, durch die Japan aktiv werden könne.[76]

In zahlreichen Artikeln wurde darauf hingewiesen, dass Japan, das aufgrund seiner Verfassung die US-Gegenschläge nur begrenzt militärisch unterstützen kann, statt dessen eine Rolle auf diplomatischem und humanitärem Gebiet spielen sollte: Neben der Hilfe für Flüchtlinge wurde auch das Aufrechterhalten eines diplomatischen Dialoges mit Iran und Pakistan genannt. Eine Lösung des Terrorismus- und Flüchtlingsproblems sei nur durch multilaterale Kooperation und

[75] Asahi.com, 25.10.2001.
[76] Asahi.com, 16.10.2001.

ständige humanitäre Anstrengungen erreichbar: „Logistische Unterstützung der US-Militärschläge ist nicht der einzige Weg für Japan, Flagge zu zeigen."[77]

Die bislang erfolgten Aktivitäten Japans auf humanitärem und diplomatischem Gebiet wurden kritisiert: Während andere Staaten bereits wieder diplomatische Stellen in Afghanistan eröffnen, Truppen für eine multinationale PKO-Gruppe zusammenstellen und aktiv versuchen, die Gespräche über den Wiederaufbau Afghanistans zu beeinflussen, seien solche Aktivitäten der japanischen Seite nicht sichtbar. Zwar habe das Außenministerium Personal in die Region entsandt um den dort aktiven NGOs zu helfen, Japan habe aber bislang keine hochkarätige diplomatische Delegation entsandt. Während ihres Besuchs in Pakistan traf sich die japanische Außenministerin Tanaka zwar mit dem pakistanischen Präsidenten und besuchte ein Flüchtlingslager, es wurde aber kritisiert, dass keine Treffen mit Vertretern afghanischer Gruppen stattfanden.[78]

Wie auf der Mitte Dezember in Tokyo durchgeführten *Afghanistan reconstruction conference* deutlich wurde, fordern japanische NGOs eine eigenständige Rolle im Wiederaufbauprozeß Afghanistans. Ende November reiste ein Vertreter von *Japan Platform* nach Kabul und traf dort mit dem Außenminister der Nordallianz, dem Bürgermeister von Kabul und Mitarbeitern von internationalen Organisationen zusammen.[79] Da Japan keine diplomatische Vertretung in Afghanistan hat und SDF derzeit nicht dorthin entsandt werden können, ist die japanische Außenpolitik gegenüber Afghanistan auf die Kooperation mit in Afghanistan tätigen NGOs angewiesen. Dadurch dürften diese Gruppen in der japanischen Politik an Einfluss gewinnen.

In der japanischen Gesellschaft wurde die Solidarität und Kooperation Japans mit den USA kaum in Frage gestellt, die Entsendung der SDF zur Realisierung eben dieser Kooperation aber schon. In den Medien gibt es durchaus eine lebhafte Debatte über die Reaktion Japans. Prinzipiell wird die im Vergleich zur bisherigen Politik aktive Rolle, die Japan derzeit im internationalen Kampf gegen den Terrorismus übernimmt, von der Gesellschaft unterstützt. Dies könnte sich aber ins Gegenteil umkehren, sobald SDF-Mitglieder bei ihren Aktivitäten in Gefahr geraten oder ums Leben kommen. Umfragen belegen, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bevölkerung sich gegen das neue Gesetz und die Entsendung der SDF ausspricht.[80]

[77] Mainichi Interactive 07.10.2001.
[78] Mainichi Interactive 28.11.2001.
[79] Asahi.com, 14.12.2001.
[80] Siehe u.a. Asahi.com, 01.10.2001.

Institut für Ostasienwissenschaften
Institute for East Asian Studies

Gerhard Mercator Universität Duisburg

Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften

Seit Juli 1995 publiziert das Institut für Ostasienwissenschaften eine eigene Reihe von Arbeitspapieren. Sie werden in begrenzter Zahl kostenlos abgegeben. Mit * gekennzeichnete Papiere sind zudem über Internet abrufbar.

Bestelladresse / procurement address
Institut für Ostasienwissenschaften
Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
47048 Duisburg
e-mail: oawiss@uni-duisburg.de

Duisburg Working Papers on East Asian Studies

Since July, 1995, the Institute of East Asian Studies publishes its own series of working papers which are available free of charge. Papers marked * can be called up on the Internet.

Internet download
http://www.uni-duisburg.de/institute/oawiss/publikationen

No. 17 / 1998* A. Bollmann, C. Derichs, D. Konow, U. Rebele, Ch. Schulz, K. Seemann, St. Teggemann, St. Wieland
Interkulturelle Kompetenz als Lernziel

No. 18 / 1998 W. Pascha, C. Storz (Hrsg.)
Workshop Klein- und Mittelunternehmen in Japan IV
- Themenschwerpunkt Netzwerke -

No. 19 / 1999* B.-K. Kim
Das Problem der interkulturellen Kommunikation am Beispiel der Rezeption John Deweys in China

No. 20 / 1999* Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V. (Hrsg.):
Grenzgänge: Quo vadis sozialwissenschaftliche Japanforschung? Methoden- und Zukunftsfragen

No. 21 / 1999* Th. Heberer
Entrepreneurs as Social Actors: Privatization and Social Change in China and Vietnam

No. 22 / 1999* N. Bastian
Wettbewerb im japanischen Fernsehmarkt - Neue Strukturen durch Kabel- und Satellitenfernsehen? Eine wettbewerbstheoretische Analyse

No. 23 / 1999* W. Pascha
Corruption in Japan - An Economist's Perspective

No. 24 / 1999* Th. Heberer, A. Kohl, T. Lai, N.D. Vinh
Aspects of Private Sector Enterprises in Vietnam

No. 25 / 1999* C. Derichs
Nationbuilding in Malaysia under Conditions of Globalization

No. 26 / 1999* S. Steffen
Der Einsatz der Umweltpolitik in der japanischen Elektrizitätswirtschaft

No. 27 / 1999* C. Derichs, T. Goydke, W. Pascha (Hg.)
"Task Force": Ein Gutachten zu den deutschen/europäischen Außen- und Außenwirtschaftsbeziehungen mit Japan

No. 28 / 1999 R. Dormels
Regionaler Antagonismus in Südkorea

No. 29 / 2000 K. Lichtblau, W. Pascha, C. Storz (Hrsg.)
Workshop Klein- und Mittelunternehmen in Japan V. - Themenschwerpunkt M & A in Japan – ein neues Instrument der Unternehmenspolitik? –

No. 30 / 2000* K. Shire, J.Imai
Flexible Equality: Men and Women in Employment in Japan

No. 31 / 2000* Th. Heberer
Some Considerations on China's Minorities in the 21st Century: Conflict or conciliation?

No. 32 / 2000* Th. Heberer, S. Jakobi
Henan - The Model: From Hegemonism to Fragmentism. Portrait of the Political Culture of China's Most Populated Province

No. 33 / 2000* W. Flüchter
German Geographical Research on Japan

No. 34 / 2000* U. Jürgens, W. Pascha, C. Storz
Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft I
- Themenschwerpunkt: "New Economy" - Neue Formen der Arbeitsorganisation in Japan -

No. 35 / 2001* C. Derichs, Th. Heberer, P. Raszelenberg (Hg.)
Task Force – Ein Gutachten zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Ostasien-NRW

No. 36 / 2001* Th. Heberer
Falungong - Religion, Sekte oder Kult?
Eine Heilsgemeinschaft als Manifestation von Modernisierungsproblemen und sozialen Entfremdungsprozessen

No. 37 / 2001* Zhang Luocheng
The particularities and major problems of minority regions in the middle and western parts of China and their developmental strategy

No. 38 / 2001* C. Derichs
Interneteinsatz in den Duisburger Ostasienwissenschaften: Ein Erfahrungsbericht am Beispiel des deutsch-japanischen Seminars „DJ50"

No. 39 / 2001* Anja-Désirée Senz, Zhu Yi
Von Ashima zu Yi-Rap: Die Darstellung nationaler Minderheiten in den chinesischen Medien am Beispiel der Yi-Nationalität

No. 40 / 2001* W. Pascha, F. Robaschik
The Role of Japanese Local Governments in Stabilisation Policy

No. 41 / 2001* Thomas Heberer, Claudia Derichs (Hg.)
Task Force – Ein Gutachten zu Beschäftigungspolitik, Altersvorsorge und Sozialstandards in Ostasien

No. 42 / 2002* Karin Adelsberger, Claudia Derichs, Thomas Heberer, Patrick Raszelenberg
Der 11. September und die Folgen in Asien. Politische Reaktionen in der VR China, Japan, Malaysia und Vietnam